

InfoPeru 96 | August 2024



Inhalt

[Editorial von Nicole Maron](#)

[„Ich will sichtbar machen, was mir meine Großmütter vererbt haben“](#)

[„Der Wind weiß, dass dies unser Land ist“](#)

[Leerstehende Häuser: Klimakrise und Migration im Altiplano](#)

[Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland](#)

[Fotogalerie: Cusco Pride – jung, bunt und politisch](#)

[Historisches Urteil gegen ehemalige Soldaten](#)

[Zwischen Baum und Borke: peruanische Bauern in der Luxusfalle](#)

[Gegen die Koalition der Macht: Es bewegt sich etwas](#)

[Der lange Schatten von Kolumbus](#)

[So wird das nichts mit einer gerechten Energiewende](#)

[Kongress verabschiedet „Gesetz der Straflosigkeit“](#)

[Haushaltsentwurf 2025: Drastische Kürzungen fürs BMZ](#)

[Kurz gemeldet](#)

[ISP-News: Aktuelles aus der Geschäftsstelle der Infostelle Peru](#)

[Ankündigungen und Hinweise](#)

Foto Titelseite: OjoPúblico / Musuk Nolte



Nicole Maron
Redakteurin InfoPeru

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Während sich viele Publikationen über das so genannte Sommerloch beklagen, überbordeten bei uns auch in den letzten Monaten die Nachrichten: Die peruanische Politik ruht nie.

Wie immer fiel es uns in der Redaktion nicht ganz leicht, uns zu entscheiden, welche Themen wir in die aktuelle Ausgabe miteinschließen – auch in Anbetracht dessen, dass wir nebst all den besorgniserregenden Ereignissen stets auch «Good News» verbreiten möchten. Dazu gehört unter anderem die Nachricht, dass das Gesundheitsministerium das [Gesetzesdekret](#) zurückgezogen hat, mit dem Homo- und Transsexualität zur psychischen Störung erklärt worden war.

Dass so ein Gesetz überhaupt zur Diskussion stand, zeigt jedoch, wie prekär es um die Rechte der LGBTIQ+-Community steht. So waren auch die [Pride-Paraden](#) – besser bekannt als „Marchas de Orgullo“ – von politischen Parolen begleitet, auch außerhalb von Lima. Und dies ist nicht zu unterschätzen, denn in Peru braucht es immer noch Mut, um sich in einem Umfeld zu outen, in dem eine sehr konservative und reservierte Haltung gegenüber Gender-Diversität vorherrscht.

Doch zurück zu den Highlights: Im Juni hat ein Gericht in Lima ein [historisches Urteil](#) gegen mehrere ehemalige Soldaten gesprochen, die sich während des bewaffneten Konflikts der Vergewaltigung von Frauen schuldig gemacht hatten. Es handelt sich um Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen, die normalerweise längst verjährt wären, denn in Peru gilt eine Verjährungsfrist von 20 Jahren. Insofern ist das Urteil ein Meilenstein – und es bleibt zu hoffen, dass es auch zu einem Präzedenzfall wird, um weitere ähnliche Prozesse zu gewinnen.

Herzliche Grüße
Nicole Maron

„Ich will sichtbar machen, was mir meine Großmütter vererbt haben“

Von Ayacucho nach New York: Rapperin Renata Flores begann mit Cover-Versionen von Welthits, schrieb aber schon bald eigene Songs – und zwar auf Quechua. Dabei kritisiert sie gern gesellschaftliche und politische Missstände.

• GESELLSCHAFT •

Nicole Maron

Die junge Rapperin Renata Flores wurde bekannt, als sie mit 14 begann, Quechua-Versionen von weltbekannten Hits wie Michael Jacksons „The way you make me feel“ oder Alicia Keys „Fallin“ auf YouTube hochzuladen. Doch einen Namen machte sie sich mit ihren eigenen Songs und Videos in Quechua, in denen sie zum Beispiel die patriarchalischen Strukturen der peruanischen Gesellschaft anprangert oder auf die Femizide hinweist, die oft ungestraft bleiben. So macht die 23-Jährige aus Ayacucho immer wieder deutlich: Der Kampf gegen Diskriminierung und für eine indigene Repräsentation ist verbunden mit dem Kampf für Gerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen. So ist auch ihr Album „Isqun“ Zeugnis ihres Aktivismus.

Tatsächlich ist Flores mehr als „nur“ Musikerin: Sie ist auch als Reporterin tätig – unter anderem berichtete sie über Initiativen zur Wiederaufforstung der Hügel von Atiquipa (Arequipa) und führte Interviews mit Yachachiq-Frauen, die dort eine Forstbaumschule betreiben, sowie mit den Jugendlichen der Gemeinde, die Nebelfänger für die Bewässerung installierten. In „Isqun“ vereinte Flores verschiedene ihrer Songs, die sie in den vergangenen Jahren in den sozialen Netzwerken veröffentlicht hatte. Ihre Lieder erzählen von der herausfordernden Realität indigener Menschen – unter anderem vom Mobbing, mit dem Quechua-sprachige Kinder und Jugendliche oft konfrontiert sind. Oder von Korruption, Macht, Krieg und politischen Kontroversen.

„Isqun ist Quechua und bedeutet Neun. Und die Neun steht in der andinen Kosmvision für das Spiegelbild der Seele“, erklärt sie.

„Ich möchte damit vermitteln, dass wir das Spiegelbild dessen sind, was in der Geschichte geschehen ist.“ Zum Beispiel die Nachfahren der Frauen, die gekämpft und viel erreicht haben.

Eines von Flores' bekanntesten Liedern ist „Qan hina“ (Wie du), in dem sie die Ungleichheit der Bildungschancen kritisiert. In der Beschreibung des [Videoclips](#) heißt es: „Meine Großmutter konnte die Schule nicht abschließen, weil es für sie zu kompliziert war, dorthin zu gelangen. Seither ist viel Zeit vergangen, ohne dass sich diese Realität verändert hat.“ Die Großmutter war es auch, die Flores beim Übersetzen ihrer Songtexte auf Quechua half. Selbst begann sie mit 13, die andine Sprache zu lernen.

„Ich habe das Gefühl, dass ich eine große Verantwortung trage“, sagt sie in einem [Interview](#). „Die Herausforderung, unsere Kultur und alles, was mir meine Großmütter vererbt haben, weiterhin sichtbar zu machen, inspiriert mich sehr.“

Inzwischen ist Renata Flores weltbekannt, so dass 2020 sogar die [New York Times](#) über sie berichtete. Zwei Jahre später wurde sie vom Forbes-Magazin als eine der 50 mächtigsten Frauen Perus ausgezeichnet.



© Andina Agencia Peruana de Noticias

„Der Wind weiß, dass dies unser Land ist“

Ende der 1960er Jahre wurde in Peru die so genannte Agrarreform durchgeführt. Ziel war eine Umverteilung des Landes, um Grundbesitz neu zu verteilen. Auch wenn inzwischen ein halbes Jahrhundert vergangen ist, führen die damaligen Regelungen bis heute zu Landstreitigkeiten. Dies zeigt das Beispiel des Dorfes Tantaccalla.



• GESELLSCHAFT •

*Text und Fotos: Miguel Gutierrez Chero
Übersetzung: Nicole Maron*

Am 24. März 2023 wachten die Dorfbewohner*innen von Tantaccalla mit sorgenvollen Gesichtern auf. Die indigene Gemeinde, die zwei Stunden von Cusco entfernt liegt, war von der Räumung bedroht, weil eine Familie von ehemaligen Landbesitzern Anspruch am Land erhob und eine Klage eingereicht hatte. In Folge dessen setzte die Polizei 300 Beamte ein, um die Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben, teilweise mit Gewalt. Doch die Gemeindebewohner*innen waren entschlossen, ihre Häuser um jeden Preis zu verteidigen – die einen mit Stöcken bewaffnet, die anderen auf Pferden. Doch wie kam es zu diesem Vorfall?

Die Anwältin der Gemeinde, Karina Baca Gómez, erklärt: „Die Gemeinde wurde am 10. Dezember 1926 im öffentlichen Register eingetragen und hat 1988 ihre Landtitel erhalten. 2005 wurde sie jedoch von der Familie Paz Vizcarra verklagt, die den Eigentumstitel für nichtig erklären lassen wollte. Die ehemaligen Grundbesitzer wiesen eine Eintragungsurkunde vor, die auf ein Testament aus dem Jahr 1946 zurückgeht.“ Dieses Datum liegt zwanzig Jahre nach dem Eintrag der Gemeinde. Doch nicht nur das spricht für den Rechtsanspruch der Gemeinde – sondern auch die Tatsache, dass sie das Land landwirtschaftlich nutzt. Denn für die Familien ist dies kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit: Sie haben hier ihre Häuser gebaut, ihre Felder bestellt und leben auf diesem Land, während die Familie der ehemaligen Besitzer es weder nutzt noch braucht. Das ist zwar kein rechtli-

cher, aber ein moralischer Grundsatz: Die Familien brauchen das Land zum Leben.

Die Agrarreform begann von unten

Das umstrittene Gebiet ist 218 Hektar groß. Auf der Klägersseite steht die Familie des ehemaligen Landbesitzers Luis Gustavo Paz Vizcarra, die argumentiert, dass dieses Land nicht von der Agrarreform betroffen war und weiterhin ihr Eigentum ist.

Um dies verständlich zu machen, müssen wir zurück ins Jahr 1969, als die peruanische Regierung eine Reihe von Maßnahmen durchführte, die darauf abzielten, die Sozialstruktur des Landes zu verändern, indem das System der Verteilung von Reichtum und Grundbesitz angepasst wurde. Die wichtigste Maßnahme war die Verabschiedung des Gesetzesdekrets Nr. 17716, besser bekannt als das Agrarreformgesetz. Dessen erster Schritt bestand darin, die Latifundien- und Minifundienregelungen durch ein Umverteilungssystem zu ersetzen, das die Enteignung des ländlichen Bodens vorsah. Dieses Land wurde zunächst vom Staat übernommen und dann an Genossenschaften und Bauernvereine verteilt. Auf diese Weise wurde versucht, das System der Grundherrschaft und Leibeigenschaft zu beseitigen. Die Agrarreform war jedoch ein Prozess, der

„von unten“ begonnen hatte. Tatsächlich waren die von der Regierung Velasco ergriffenen Maßnahmen lediglich ein Versuch, die Feuer eines rebellischen Brandes zu löschen, der damals in Cuscos Provinz La Convención ausgebrochen war. Die Reform sollte die kolonialen Wurzeln der latifundistischen Gebietsaufteilung aushebeln und die einst Enteigneten entschädigen. Doch das Motto und das Narrativ blieben gleich: „Das Land gehört denen, die es bearbeiten.“

Zurück ins 21. Jahrhundert: Heute haben die Erben des ehemaligen Landbesitzers von Tantaccalla keinerlei Beziehung zu dem Gebiet, das sie beanspruchen – sie wussten seit Generationen nicht einmal von dessen Existenz. Tantaccalla dagegen hat sich zu einer Gemeinde entwickelt, die offiziell vom peruanischen Kulturministerium anerkannt ist. Damit wird offiziell bestätigt, dass sie bereits vor der Verfassung des Staates existierte. Trotzdem verlor die Gemeinde den Prozess sowohl in erster als auch in zweiter Instanz, aufgrund der Nachlässigkeit ihres Anwalts.

„Wir werden unser Land mit unserem Leben verteidigen“

An dem Tag, an dem Tantaccalla geräumt werden sollte, standen die Dorfbewohner*innen



um vier Uhr morgens auf, um den Widerstand zu organisieren. „Wir hatten große Angst, aber was sollten wir tun, wir mussten unsere Heimat verteidigen“, sagt Daniel Quispe, der damalige Vorsitzende der Gemeinde. Er war es, der mich eingeladen hatte, in der Hoffnung, dass meine Anwesenheit als Journalist dazu beitragen könnte, eine Art medialen Druck auszuüben, um die Räumung zu verhindern.

Als ich ankam, war alles still. Die Leute unterhielten sich leise. Die Frauen bereiteten das Frühstück vor und sahen einander traurig an, während die Männer strategische Punkte ausmachten, von denen aus sie die Zufahrtsstraße blockieren könnten, falls die Polizei eindringen sollte. „Wir haben schon Angst, aber der Wind weiß, dass dies unser Land ist, und wir werden es mit unserem Leben verteidigen. Hier haben unsere Großeltern gelebt, und hier werden unsere Enkelkinder leben.“ In der Tat wurden diese Worte vom Rauschen des Windes begleitet, als ob auch er etwas dazu sagen wollte.

Um sieben Uhr früh begannen die Vorbereitungen für den Widerstand. Plötzlich kniete

eine Frau nieder, dann eine andere, dann alle. Sie begannen zu beten, und zwischen dem Geflüster ihrer Gebete flossen Tränen aus ihren geschlossenen Augen. An den umliegenden Abhängen saß eine Gruppe junger Leute, strategisch verteilt. Und am Haupteingang des Dorfes bildeten die Frauen zwischen fünfzig und siebzig eine menschliche Mauer und hielten die peruanische Flagge hoch.

Die Polizei traf um 10 Uhr ein. Die Beamten stiegen in zwei Kilometern Entfernung aus mehreren Bussen aus und warteten auf den Richter. Er brachte die Anwälte beider Seiten zusammen, holte Stellungnahmen der Staatsanwaltschaft, der Polizei, der Gemeindevertreter und der Familie der ehemaligen Landbesitzer ein. Die Spannung löste sich, als der Richter die Häuser besichtigen wollte und feststellte, dass der offizielle Bericht, nach dem Tantaccalla eine improvisierte Siedlung ohne Wurzeln sei, falsch war. Schließlich gibt es dort zweistöckige Häuser, eine Kirche, eine Schule, ein Gemeindezentrum, Strom, Wasser, sogar Internet und Kabelfernsehen.



Vorläufige Entwarnung – doch die Zukunft ist unsicher

Nachdem die Staatsanwaltschaft, die Polizei und der Anwalt der Gemeinde bestätigt hatten, dass die Räumungsanordnung unbegründet war, forderten sie den Richter auf, sie auszusetzen. Tatsächlich beschloss er – trotz der Einwände des Kläger-Anwalts – die Räumung zu stoppen. Nun kochten die Emotionen so richtig hoch. Die Frauen, die die menschliche Barrikade bildeten, begannen zu weinen, die Männer warfen jubelnd ihre Hüte in die Luft.

Doch die Gefahr der Vertreibung hat bei den Dorfbewohner*innen traumatische Spuren hinterlassen. Die Angst hat sich nicht verflüchtigt und erzeugt bis heute Spannungen in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens. Sie sind in interne Streitigkeiten verwickelt, und viele junge Menschen sind aus Angst vor der Vertreibung in die Stadt abgewandert, was sich negativ auf die landwirtschaftliche Tätigkeit ausgewirkt hat. Die

Landflucht ist zwar nicht neu, hat sich aber durch die drohende Vertreibung erheblich beschleunigt.

Das Gerichtsverfahren ist zwar nicht endgültig abgeschlossen, aber vorerst eingefroren. Denn der Richter hat die Räumung nur gestoppt, weil er nicht sicher war, ob sie wegen der Auswirkungen auf das Leben der Menschen durchführbar war. Die Anhörungen und andere Termine wurden immer wieder verschoben, was eine unvorhersehbare finanzielle Belastung für die Dorfbewohner*innen darstellt. Denn die Kosten für Anwälte und die Reisen in die Stadt, wo die Gerichtsverhandlungen stattfinden, sind erheblich.

Und was erwarten die Bewohner*innen von Tantaccalla von diesem Prozess? Sie erwarten Respekt für ihr Leben und für ihr Land in diesem Teil der Welt, auf diesem Stück Land.

Zuerst erschienen auf [«Arts of the Working Class»](#)



Mehr Fotos auf infostelle-peru.de/gesellschaft/tantaccalla

Leerstehende Häuser: Klimakrise und Migration im Altiplano

Im Jahr 2022 wurden allein aufgrund von Klimaereignissen wie Überschwemmungen, Stürmen, Dürren und Erdbeben weltweit etwa 32.6 Millionen Menschen vertrieben. Das waren 41 Prozent mehr als im Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre. In Peru gibt es keine aktuellen Studien, aber die Binnenmigration aufgrund der Klimakrise wird immer häufiger. Eine der am stärksten betroffenen Regionen ist Puno, wo gewisse Gemeinden aufgrund von Wasserknappheit und Bodendegradation unbewohnbar werden.



© Musuk Nolte / OjoPúblico

Text: Rosa Chávez Yacila

Fotos: Musuk Nolte

Übersetzung: Annette Brox

Um die Gemeinde Thunuhuaya herum gibt es viele Eukalyptusbäume. „Es ist nicht gut, so viele Bäume zu haben, der Eukalyptus verdirbt das Land“, sagt Hernán Cruz Quispe, ein 61-jähriger Aymara-Bauer und Vater von fünf Kindern. Vor ein paar Jahren beschloss er, sein Land von den Eukalyptusbäumen mit ihren langen grünen Blättern und dem minzigen Geruch zu befreien. Seine früheren Nachbarn haben das nicht getan – und viele von ihnen haben Thunuhuaya bereits verlassen.

Während dieser Teil des Altiplano – am Fuße des Titicacasee, nur wenige Minuten von der bolivianischen Grenze entfernt – früher Hunderte von Einwohner*innen jeden Alters zählte, leben heute hauptsächlich Erwachsene über 40 hier. Hernán Cruz Quispe ist einer der wenigen, der sein Elternhaus nicht ver-

lassen will. „Meine Kinder sind in Ácora, für ihre Ausbildung. Dort leben sie, und sie wollen nicht mehr zurück.“

Neben Studium und Arbeit gibt es weitere Gründe, die Gegend zu verlassen: das immer unberechenbarere Klima, die geringeren Ernten und der Zustand des Titicacasee. „Letztes Jahr ist der Wasserstand stark zurückgegangen. Jetzt hat er sich wieder erholt, aber nur ein bisschen“, sagt Don Hernán über den [Mangel an Niederschlägen](#) im Jahr 2023. „Wir haben nicht einmal ein Kilo Bohnen geerntet.“

Menschen, die aufgrund von Umweltereignissen aus ihren Herkunftsgebieten vertrieben werden, werden laut der [Internationalen Organisation für Migration](#) (IOM) als Umweltmigrant*innen bezeichnet. In Peru gibt es noch kaum Daten zu diesem Thema. Nach Angaben des Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) wurden im Jahr 2022 weltweit [8,7 Millionen Menschen](#) durch Katastrophen vertrieben: 45 Prozent mehr als im Vorjahr. [29.000 davon waren Peruaner*innen.](#)



Unverarbeitetes Cañihua aus der Puno-Gemeinde Saytocochoa, im Bezirk Santiago de Pupuja, in der Provinz Azángaro.

Eine Unterkategorie der umweltbedingten Migration ist die Klimamigration, die Vertreibung von Menschen aufgrund von Klimaereignissen, die speziell durch die Klimakrise verursacht werden. Für den peruanischen Wissenschaftler Teófilo Altamirano Rua ist der Hauptgrund für die Klimamigration in Peru der zunehmende Mangel an Wasser und dessen Qualität: „Das ist der Grund für Millionen von Vertreibungen auf der Welt.“

Im zurückgehenden Uferbereich des Titicacasees ist es nicht mehr einfach, die Karauschen, Forellen und Silberfische zu finden, die es früher in Hülle und Fülle gab. Doch Hernán Cruz Quispe will glauben, dass der Wassermangel noch keine Bedrohung ist, die das Aussterben seines Volkes ankündigt. Nachdem er sein Land von den schädlichen Eukalyptusbäumen befreit hatte, begannen nach und nach Kartoffeln, Bohnen und Quinoa zu wachsen. Er fasste sogar den Mut, Knoblauch anzubauen. Doch der Verkauf war ein „Fehlschlag“: Die Familie Cruz Quispe weiß, dass sie von der Erde ihrer Gemeinde nicht mehr leben kann. So haben auch viele Nachbar*innen ihre Häuser bereits verlassen.

Das Wasser fällt nicht mehr vom Himmel

Die Tropfen eines leichten Regens machen ein lautes Geräusch, wenn sie auf die Wellblechdächer der Häuser von Saytocochoa in der Provinz Azángaro fallen. Unter seinem Schuppen schützt Agustín Mamani Mamani seinen Körper, der von seinen 81 Jahren gekrümmt und müde ist. Hier schätzt man selbst einen so spärlichen Regen wie diesen: Dürreperioden werden immer häufiger, und der Regen ist die Hauptquelle der Wasserversorgung.

Der Trick ist einfach: Wie seine Nachbarn haben auch Herr Mamani Mamani und seine Frau am Rand ihres Wellblechs Dachrinnen angebracht. Diese langen Rohre sammeln die Regentropfen und leiten sie in große schwarze Becken auf dem Boden. Die Flüssigkeit, die sich in den Behältern sammelt, hat eine blasse braune Farbe. Das Ehepaar Mamani und seine Tiere – Kühe, Schafe und Schweine – trinken daraus. Von den 140 Familien, die vor Jahren in Saytocochoa lebten, ist nur die Hälfte hier geblieben.

Migrationsprozesse verursachen sowohl Bewegung als auch Immobilität. Während die



Humberto Choque Huallpa in Chucuito, wo Wasser ein kostbares Gut ist, das mit Überzeugung verteidigt wird.

mobileren Menschen – vor allem Jugendliche und junge Erwachsene – ihre Heimat verlassen, bleiben die Älteren vor Ort und sind immer isolierter. Das macht sie noch verletzlicher, denn Dienstleistungen sind weit entfernt.

Wetterereignisse hat es schon immer gegeben, aber die Klimakrise verändert ihre Intensität, Vorhersagbarkeit und Häufigkeit. Infolgedessen haben sich auch

Vertreibung und Zurückbleiben in letzter Zeit beschleunigt. „Letztes Jahr gab es kein Wasser, nichts. Gott sei Dank hat es dieses Jahr geregnet, es gibt Ernten, auch Kartoffeln, aber sie werden wurmstichig“, sagt Alejandro Chacón Goyzueta. Der 80-Jährige lebt in Arequipa und kommt zu Besuch, um seinem Cousin zu helfen. „Zwei, drei Würmer ... hier, schau“, und er zeigt auf einige kleine, weißliche Larven, die sich zwischen den bräunlichen Körnern des geernteten Cañihua winden. Die dringend benötigten Niederschläge des letzten Jahres sind ein zweischneidiges Schwert, wenn sie reichlich oder unerwartet fallen. Übermäßige Regenfälle bringen auch Schädlinge und Krankheiten mit sich.

Im Allgemeinen weiß man noch wenig über die Folgen der Klimakrise in der Andenregion, erklärt Mario Cépeda Cáceres, Wissenschaftler am Institut für Demokratie und Menschenrechte der Katholischen Universität in Lima (IDEHPUCP). Am meisten wurde die Situation an der Nordküste untersucht. „Hier wurde am meisten für die Prävention und das Verständnis des Problems der Klimakrise getan.“

Im Allgemeinen weiß man noch wenig über die Folgen der Klimakrise in der Andenregion, erklärt Mario Cépeda Cáceres, Wissenschaftler am Institut für Demokratie und Menschenrechte der Katholischen Universität in Lima (IDEHPUCP). Am meisten wurde die Situation an der Nordküste untersucht. „Hier wurde am meisten für die Prävention und das Verständnis des Problems der Klimakrise getan.“

Wenn das Wasser nicht kommt, muss man es suchen

Wenn das Wasser nicht nach Jupari kommt, findet Jupari das Wasser. Da ihre Lagune schon vor langer Zeit ausgetrocknet ist und es keine Versorgungsmöglichkeit gibt, haben in der Gemeinde in der Provinz Lampa alle Nachbar*innen in der Nähe ihrer Häuser

unterirdische Brunnen gegraben, die mehrere Meter in die Erde reichen.

„Aber nach und nach geht das Wasser zurück“, sagt Willy Chura Paricahua. In den grünen und gelblichen Feldern hat die Bevölkerung auch Takapis – künstliche Lagunen – angelegt, in denen sich das Regenwasser sammelt und aus denen die Tiere trinken. Von oben betrachtet sieht Jupari aus wie ein

Schlachtfeld mit Dutzenden von Vertiefungen, die über das ganze Gebiet verteilt sind.

Viele der Gemeindemitglieder sind in die Städte ausgewandert und wieder

zurückgekommen. Sie haben gewonnen und verloren – und das Gewonnen, was man „Erfahrung“ nennt. Aber sie wollen nicht, dass es ihren Kindern genauso ergeht, denn wenn sie sich in einem Punkt einig sind, dann darin, dass diejenigen, die in Jupari bleiben, mit Isolation und permanenter Trockenheit zu kämpfen haben.

In Peru stecken die Regelungen für das Recht der Menschen auf eine stabile Umwelt noch in den Kinderschuhen. Seit 2018 ist das Rahmengesetz zu Klimawandel in Kraft, aber zusätzlich zu seiner [Ausführungsverordnung](#) muss die [Nationale Strategie zum Klimawandel 2050](#) verabschiedet werden, die viel konkreter ist. Diese Strategie legt fest, was die Ziele sind, und was gemeint ist, wenn über Entwaldung und Klimamigration gesprochen wird.

Die Länder müssten auch begreifen, dass angesichts der Klimakrise die Menschenrechte gewahrt werden müssten, erklärt Andrea Domínguez, Anwältin und Spezialistin für Umweltrecht. Da gebe es noch viel zu tun. „Die Frage der Klimagerechtigkeit stellt sich auf der ganzen Welt, aber Lateinamerika ist in diesem Bereich etwas im Rückstand.“

“
Viele Gemeindemitglieder sind in die Städte ausgewandert und wieder zurückgekommen.

Im spanischen Original erschien die Reportage auf [OjoPúblico](#).

Die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts in Deutschland

Rechtsanwältin Ana Melva Pérez de Preitschopf erläuterte in einer Veranstaltung der Infostelle Peru, dem Comité Gestor Internacional, Perú Vision und dem Ilustre Colegio de Abogados de Lima das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das unter anderem die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglicht.



• POLITIK •

Ana Melva Pérez de Preitschopf

Anfang Juli veranstaltete die Infostelle Peru zusammen mit dem Comité Gestor Internacional, Perú Vision und dem Ilustre Colegio de Abogados de Lima eine Informationsveranstaltung zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht. Wie wichtig die Neuerungen – insbesondere die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft – sind, zeigte nicht nur das große Interesse an der Veranstaltung mit 175 Teilnehmer*innen und weiteren 475 Zuschauer*innen auf Facebook. Auch die Grußworte des peruanischen Botschafters in Berlin und des Direktors des Colegio de Abogados Lima gaben dem Thema ein besonderes Gewicht.

Aufgrund des großen Interesses veröffentlichen wir im Folgenden einen Artikel der Referentin zum Thema, der Rechtsanwältin Ana Melva Pérez de Preitschopf (*).

Wir begrüßen das neue Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, das am 27. Juni 2024 in Kraft getreten ist. Es entspricht den Erwartungen vieler Menschen aus verschiedenen Ländern, zum Beispiel türkischer, europäischer und lateinamerikanischer Staatsangehöriger, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und Deutsche werden wollen. Mit dem Gesetz hat die Bundesregierung einen großen Schritt getan, denn Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Einbürgerungsgesetzes haben sich die Voraussetzun-

gen für den Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft in Deutschland erheblich geändert. Das Gesetz führt wichtige Änderungen ein, die es Antragsteller*innen erleichtern, neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit zu behalten.

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Frage der Grundrechte, denn die Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Geburtsstaatsangehörigkeit nicht mehr aufgeben, die als Grundrecht geschützt werden muss. Die Geburtsstaatsangehörigkeit bedeutet oft mehr als die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes, da sie mit der persönlichen Geschichte verbunden ist. Sie stellt eine Verbindung zu den persönlichen Wurzeln, der Familie, der Kultur, den Freunden usw. dar. Vor der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts mussten viele Antragsteller ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit aufgeben, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollten. Für viele Menschen war dies ein sehr schmerzhafter Schritt, der mit vielen Nachteilen verbunden war.

Der Verlust der Geburtsstaatsangehörigkeit hat rechtliche, psychologische, soziale und kulturelle Folgen. Der Verzicht auf die Geburtsstaatsangehörigkeit ist stets als Ausnahme und nicht als Voraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit oder andere Staatsangehörigkeit zu betrachten. Die Grundrechte des Einzelnen müssen in einem Rechtsstaat immer Vorrang haben.

Doppelte Staatsangehörigkeit

Vor der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts galt in Deutschland das Prinzip der einheitlichen Staatsangehörigkeit. Doppelte Staatsangehörigkeit war nur unter besonderen Umständen zulässig, zum Beispiel wenn das Herkunftsland die Aufgabe der Staatsangehörigkeit nicht zuließ oder bei Staaten wie der Schweiz und den Mitgliedsländern der EU.

Doppelstaatsbürgerschaft ist die Rechtsstellung einer Person, die gleichzeitig die Staats-

angehörigkeit von zwei Ländern besitzt. Diese Person hat in beiden Ländern Rechte und Pflichten. Die Umsetzung des neuen Gesetzes hat konkrete Auswirkungen auf Personen, die eine doppelte Staatsbürgerschaft anstreben.

Per 27. Juni 2024 wird das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht modernisiert und es wurden wesentliche Änderungen vorgenommen. Meiner Einschätzung nach zufolge profitieren potenziell 12 Millionen Menschen.

“
Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Frage der Grundrechte.

1. Vereinfachte Kriterien für die Einbürgerung: Antragsteller*innen haben vereinfachte Kriterien zu erfüllen. Dazu gehören zum Beispiel

Anforderungen an die Aufenthaltsdauer und die Sprachkenntnisse. War bisher eine Einbürgerung nach acht Jahren möglich, sind es nun in der Regel fünf Jahre, bei besonderen Integrationsleistungen sogar nur drei Jahre.

2. Integration und Partizipation: Die doppelte Staatsbürgerschaft fördert die politische und gesellschaftliche Integration, denn sie ermöglicht die Teilnahme an Wahlen in beiden Ländern und damit die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

3. Kein automatischer Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit: Deutsche Staatsangehörige, die eine weitere Staatsangehörigkeit erwerben, verlieren nicht automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit.

4. Beibehaltungsgenehmigung: Für den Erwerb einer weiteren Staatsangehörigkeit ist keine Beibehaltungsgenehmigung mehr erforderlich.

5. Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit: Deutsche, die vor Inkrafttreten der Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts eine andere Staatsangehörigkeit erworben und die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, können nach § 13 StAG die Wiedereinbürgerung beantragen.

6. Optionspflicht: Die Optionspflicht für Bürger*innen mit mehreren Staatsangehörigkeiten entfällt. Jugendliche müssen sich also

nicht mehr bei Erreichen der Volljährigkeit entscheiden, ob sie z.B. die deutsche oder die peruanische Staatsangehörigkeit behalten wollen.

Prozess und Gründe für Modernisierung

Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland – und das schon seit den 1960er Jahren. Millionen Menschen aus anderen Ländern haben in Deutschland eine neue Heimat gefunden. Seit Jahrzehnten leben und arbeiten sie hier. Ihre Kinder und Enkelkinder sind in Deutschland geboren, gehen hier zur Kita und zur Schule. Sie sind Teil unserer deutschen Gesellschaft, wir sind Teil von ihr.

Die europäische Wirtschaft beruht auf Liberalität. Es ist wichtig zu erkennen, dass internationale Zuwanderung notwendig ist, um den Wohlstand zu erhalten. Im Laufe der Zeit haben sich die wirtschaftlichen und finanziellen Faktoren verändert. Deshalb war es wichtig, die Gesetze über die Einbürgerung von Ausländern zu modernisieren.

Am 15. Juli 1999 beschloss die damalige rot-grüne Bundesregierung eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Damit wurde unter anderem der Weg für die doppelte Staatsbürgerschaft geebnet.

Die Staatsangehörigkeit ist ein Band der rechtlichen Gleichstellung, der Partizipation und der Zugehörigkeit. Unabhängig von einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts kann die Partizipation ausländischer Mitbürger*innen weiter verbessert werden. Dazu könnte ein kommunales Wahlrecht für ausländische Mitbürger*innen beitragen, die in Deutschland leben, arbeiten und Steuern zahlen. Ziel ist es, Deutschland für ausländische Talente attraktiv zu machen, um die deutsche Wirtschaft zu stärken und unseren Wohlstand zu sichern.

Zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivitäten

Seit mehreren Jahrzehnten gibt es in Deutschland immer wieder zivilgesellschaft-

liche Bemühungen und Aktivitäten, die zu Gesetzesänderungen im Bereich der doppelten Staatsbürgerschaft beitragen. Der Beitrag türkischer, europäischer und lateinamerikanischer Bürger*innen hat sich dabei als wirkungsvoll erwiesen.

Im Namen der lateinamerikanischen Gemeinschaft wurde 2013 in München ein Komitee gegründet, das sich für die doppelte Staatsbürgerschaft und die Wiedereinbürgerung in Peru einsetzt. Anfangs bestand das Komitee nur aus drei Personen. Im Laufe der Zeit schlossen sich weitere Landsleute an, die in verschiedenen Ländern

leben und das gleiche Problem haben. Heute sind wir eine Gruppe, die sich selbst als Internationales Komitee bezeichnet und aus Landsleuten aus acht Ländern besteht.

Es handelt sich um Länder, in denen die Landsleute auf ihre Geburtsstaatsangehörigkeit verzichten müssen, um die Staatsangehörigkeit des Landes zu erhalten, in dem sie leben. Die Mitglieder des Internationalen Komitees sind Fachleute aus verschiedenen Bereichen wie Recht, Psychologie, Ingenieurwesen usw.

Welche Dokumente für die Beantragung der doppelten Staatsangehörigkeit nötig sind, welche Herausforderungen sie beinhaltet und wie die ursprüngliche peruanische Nationalität zurückerlangt werden kann, ist in einem Informationsblatt erläutert, das Sie [hier](#) herunterladen können.

In jedem Fall bietet ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht den Bürgern heutzutage mehr Vorteile als Nachteile.

(*) Die peruanische Rechtsanwältin und Psychologin Ana Melva Pérez de Preitschopf lebt seit 2004 in Deutschland. Sie arbeitet in einer Anwaltskanzlei, die sich auf verschiedene Rechtsgebiete spezialisiert hat, u.a. Internationales Privatrecht, Migrationsrecht, Familien- und Erbrecht sowie als Beraterin in einem Verein, der Migrantinnen berät (www.anamelvaperez.com)



Internationale Zusammenarbeit ist notwendig, um den Wohlstand zu erhalten.

Cusco Pride – jung, bunt und politisch

Im Juni und Juli fanden auch in verschiedenen peruanischen Städten Pride-Paraden statt, besser bekannt als „Marchas de Orgullo“ – also eine Mischung aus Demonstration, Umzug und Festakt der LGBTIQ+-Community. In Cusco trafen sich am 6. Juli tausende von Menschen, die mit ihren kreativen, bunten und mutigen Outfits die Diversität der Community auf strahlende Weise zum Ausdruck brachten. Mutig auch deshalb, weil in Peru und insbesondere in den Provinz-Städten immer noch eine sehr konservative und reservierte Haltung gegenüber Gender-Diversität vorherrscht.

Auffallend war, wie viele Jugendliche teilnahmen – und wie politisch die Parolen waren. Im Grunde nicht weiter verwunderlich, hatte doch der Kongress vor kurzem ein Gesetz verabschiedet, mit dem LGBTIQ+-Identitäten als psychische Störungen eingestuft wurden. Glücklicherweise und als Reaktion auf entsprechende Forderungen wurde das Gesetz jedoch bereits wieder zurückgenommen.

Bleibt zu wünschen, dass es in den kommenden Jahren normaler wird, auch in den Straßen der peruanischen Großstädte homosexuelle Pärchen oder Transpersonen zu sehen, ohne dass sie Angst vor Repressalien haben müssen. An der Marcha de Orgullo jedenfalls waren Freude und Ausgelassenheit die vorherrschenden Emotionen – gerade auch deshalb, weil an diesem Tag endlich sichtbar wurde, wie viele genderdiverse Menschen es in Cusco gibt, die in der Regel unsichtbar sind. So war deutlich spürbar, wie verbunden man sich miteinander fühlte, und wie gut es tut, zumindest einmal im Jahr zusammen zu feiern.

Die komplette Fotostrecke finden Sie unter www.infostelle-peru.de/gesellschaft/cusco-pride



Historisches Urteil gegen ehemalige Soldaten

Im Juni 2024 hat ein Gericht in Lima ehemalige Soldaten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Sie hatten sich während des bewaffneten Konflikts der Vergewaltigung von Frauen schuldig gemacht. Ihr Anwalt Juan José Quispe spricht im Interview mit der Infostelle Peru über dieses historische Urteil und über das langwierige Verfahren.

• GESELLSCHAFT •

Anna Kohte

Warum ist dieses Urteil so bedeutsam?

Zunächst einmal, weil es sich um schwere Menschenrechtsverletzungen an Zivilistinnen handelt, die zwischen 1984 und 1995 sexuell missbraucht wurden. Dabei wurde systematisch vorgegangen: Es geht nicht um die Ereignisse eines einzigen Tages, sondern um Jahre, in denen von den Militärbasen von Manta und Vilca aus Frauen misshandelt wurden, mehrheitlich minderjährige. Es handelt sich um Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen. Fälle, die normalerweise längst verjährt wären, denn in Peru gilt eine Verjährungsfrist von 20 Jahren.

Was war das Besondere an diesem Prozess?

Vergewaltigungsfälle werden immer zurückhaltend behandelt. Unsere Klientinnen haben aber darum gebeten, dass die Verhandlungen öffentlich abgehalten werden. Sie verzichteten auf ihr Recht auf Privatsphäre. Das kommt in Peru selten vor, ich glaube sogar, es ist das erste Mal in einem vergleichbaren Fall.

Was waren die größten Hindernisse während des Prozesses?

Bis zum Abschlussbericht der Wahrheitskommission, der im August 2003 vorgelegt wurde, war auf einer Polizeiwache nur eine einzige Anzeige erstattet worden, aber nicht einmal von den Opfern selbst, sondern von einem ihrer Verwandten. Diese Vergewaltigungsfälle gerieten also in Vergessenheit, und zwar in völliger Straffreiheit, bis 2002 die Wahrheitskommission gegründet wurde. Damals trat eine Gruppe tapferer „Mamitas“ an die Öffentlichkeit und begann, während den Anhörungen der Wahrheitskommission von diesem Drama zu erzählen. Dabei gerieten sie teilweise in Konflikt mit ihren Familien, weil diese Vergewaltigungsfälle sogar innerhalb der Gemeinschaft als etwas betrachtet werden, über das man nicht sprechen sollte. Denn nach der Schließung der Stützpunkte in Manta und in Vilca blieben viele



der Soldaten vor Ort und gingen eine Lebensgemeinschaft mit den Einheimischen ein.

Es handelt sich also um eine recht komplexe Situation, ganz abgesehen vom problematischen Justizsystem. Zuerst wurden die Ermittlungen an dem Ort durchgeführt, an dem die Verbrechen begangen worden waren. Dann wurde jedoch eine Strafrechtskammer für Menschenrechtsfälle eingerichtet, und die Fälle kamen nach Lima. Das hat die Prozesse sehr verzögert, auch weil die Zeugen aus verschiedenen Landesteilen hierherkommen mussten, um auszusagen. All das hat den Prozess langwierig gemacht, und die erste mündliche Verhandlung fand erst 2017 statt. Danach entschied das Gericht, eine mündliche Verhandlung in Huancayo durchzuführen, um Zeugen schneller vor Ort anhören zu können. Das war lobenswert. Doch die Justiz traf keine Vorsichtsmaßnahmen, damit Täter und Opfer nicht wieder zusammentreffen.

Die Opfer und die Angeklagten standen sich also gegenüber, und logischerweise kam es zu Zwischenfällen, die Frauen wurden bedroht und die Soldaten beleidigt, und das Justizpersonal sagte nichts.

Und schließlich, als eine der Frauen aussagte, dass zwei Soldaten zu ihr nach Hause gekommen waren und einer sie vergewaltigte, während der andere draußen blieb,

sagte die vorsitzende Richterin: „Señora, warum haben Sie nicht geschrien? Warum haben Sie nicht um Hilfe gerufen? Und warum haben Sie zugelassen, dass der Mann bis zum Morgen grauen bei Ihnen blieb?“

Ich stand auf, sagte, dass mir diese Frage unangebracht erschien und erhob Einspruch. Schließlich hatte die Frau erklärt, dass die Täter verummmt und bewaffnet waren, dass einer draußen Wache hielt und dass es dort keine angrenzenden Häuser gibt – wie hätte sie also um Hilfe rufen können? Dies war einer der Gründe für den Befangenheitsantrag gegen die Richterin. Zudem erlaubte sie uns nicht, einige Beweise einbringen zu dürfen, und behandelte einige der Frauen wie Angeklagte. Der oberste Gerichtshof entschied jedoch für die Klägerinnen und stimmte mit

uns überein, dass die Rechte der Opfer verletzt worden waren.

Bedeutete dies, dass die Frauen erneut aussagen mussten?

Wenn eine mündliche Verhandlung unterbrochen wird und eine neue abgehalten werden muss, ist leider alles, was in der ersten geschehen ist, null und nichtig. Dies haben wir den Frauen erklärt, als wir gegen die Richterin den Antrag gestellt haben, sie stimmten dem zu und mussten noch einmal aussagen.

Gab es eine Übersetzung ins Quechua?

In der ersten mündlichen Anhörung gab es keinen Übersetzer, der Huancavelica-Quechua sprach. Dieses unterscheidet sich vom Quechua von Huancayo, Cusco oder Puno. Tatsächlich sagten die Frauen, dass der Dolmetscher nicht das übersetzte, was sie gesagt hatten. So wurde in der zweiten Anhörung gefordert, dass ein Dolmetscher da ist, der auf Huancavelica-Quechua spezialisiert ist.

Warum befinden sich die Verurteilten mehrheitlich nicht in Haft?

Bisher konnte nur eine Person verhaftet werden. Das Urteil wurde virtuell verkündet, die Angeklagten waren nicht physisch anwesend und sind seitdem flüchtig. Trotz unserer Anfrage an das Gericht, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, um die Täter an ihrem Aufenthaltsort festzunehmen, wurde dies nicht umgesetzt.

Wie kommt es, dass es bisher nur in den Fällen **MMMB und Manta y Vilca zu Verurteilungen für Vergewaltigungen kam?**

Wenn man sich den Bericht der Wahrheitskommission anschaut, stellt man fest, dass es allein während des internen bewaffneten Konflikts in Huancavelica über 4000 Fälle von Vergewaltigungen gab. Die überwiegende Mehrheit davon wurde zu den Akten gelegt, weil die Armee nie die Liste der Personen freigegeben hat, die in den Stützpunk-

“
Allein in Huancavelica gab es über 4000 Fälle von Vergewaltigungen.

ten Manta und Vilca gedient haben – auch nicht ihre Spitznamen. Doch wenn die Personen, die der Wahrheitskommission diese Taten meldeten, gefragt wurden, wer die Täter waren, sagten sie nur die Spitznamen wie Chapa, Lamole oder Piraña, so dass es unmöglich war, sie zu identifizieren. Wegen des Mangels an Informationen seitens der Armee und des Verteidigungsministeriums haben die Staatsanwälte die meisten Fälle vorläufig zu den Akten gelegt. Es ist eine systematische Praxis des Verteidigungsministeriums, Informationen zu verbergen. Die Dokumente, die sie erstellt haben, geben absolut nichts her.

Wenn wir den aktuellen Kontext anschauen und das neue Gesetz bezüglich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, denken Sie, es wird zu weiteren Urteilen kommen?

Ich werde Ihnen zwei Dinge sagen, die für die Familien traurig sind. Erstens: Wenn das neue Gesetz erlassen und angewandt wird, wird es sich negativ auf die Fälle des internen bewaffneten Konflikts auswirken, weil diejenigen, gegen die ermittelt wurde – einschließlich derjenigen, die verurteilt wurden

– beantragen werden, dass der Fall zu den Akten gelegt wird, weil die Verjährungsfrist abgelaufen ist. Denn nach diesem neuen Gesetz gelten alle Verbrechen, die vor Juli 2002 begangen wurden, nicht mehr als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern als einfache Verbrechen. Damit verjähren sie nach 20 bis 25 Jahren.

Die andere Sache ist, dass die Menschenrechtskammer des Strafgerichtshofs aufgelöst wurde. Einer der Gründe dafür ist meiner Meinung nach, dass diese Kammer seit mehr als 15 Jahren Menschenrechtsfälle verhandelt und eine sehr starke Position in Bezug auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat, genauso wie bezüglich der Anwendung internationaler Verträge und der Umsetzung der Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Spätestens ab November werden die Richter der ehemaligen Menschenrechtskammer wieder an ihren ursprünglichen Gerichten arbeiten und dort auch die neue Strafprozessordnung anwenden müssen, welche die Position der Angeklagten gegenüber den Opfern wesentlich stärkt. Ich glaube, dass dies die Prozesse komplizierter machen wird.

Zwischen Baum und Borke: peruanische Bauern in der Luxusfalle

Einst waren die indigenen Gemeinschaften im Anden-Hochland stolz, die einzigen Produzenten von Vikunja-Wolle zu sein. Wirtschaftliches Einkommen und spirituelle Bedeutung gingen dabei Hand in Hand. Inzwischen übernehmen jedoch internationale Luxus-Marken wie Loro Piana diesen Markt.



© Pixabay

• WIRTSCHAFT •

Talia Vela-Eiden

Im März 2024 veröffentlichte Bloomberg News einen investigativen Bericht des Journalisten Marcelo Rochabrún. Er berichtet über die Situation der Hochlandgemeinde Lucanas (Ayacucho) und deren Umgang mit Loro Piana, einem der Luxus-Bekleidungsunternehmen, das zu Louis Vuitton gehört.

Ein Vikunja-Pullover von Loro Piana kann bis zu 9.000 US-Dollar kosten, während der Distrikt Lucanas zu den ärmsten in Peru gehört: Gemäß der jüngsten Armutsstudie des peruanischen Statistikamts gelten 41 Prozent der Bevölkerung des Distrikts als arm, was bedeutet, dass die Menschen mit weni-

ger als 91 US-Dollar pro Monat auskommen müssen.

In den letzten Jahren hat sich eine paradoxe Situation entwickelt: Die Gemeindemitglieder arbeiten unentgeltlich, um eine der wertvollsten Wollfasern der Natur zu ernten – die Wolle der Vikunjas, der kleinsten der vier südamerikanischen Kamele der Anden. Aber warum tun sie dies und wie hat alles angefangen? Bisher wurden keine angemessenen sozioökonomischen Studien durchgeführt, um die Ursachen zu ermitteln.

Von einer bedrohten Art zum wertvollsten Luxus-Wolllieferanten

1969 galten die Vikunjas als fast ausgestorben. In diesem Jahr unterzeichneten die Länder, in denen es noch Vorkommen gab,

ein internationales Abkommen zu ihrem Schutz, welches die Jagd und jegliche kommerzielle Nutzung verbot. Der Vertrag enthielt jedoch auch eine Sonderklausel für indigene Gemeinschaften, die es erlaubte, ihre Herden unter bestimmten Bedingungen für wirtschaftliche Zwecke zu nutzen. Die Gemeinschaften dürfen die Wolle also auf ihren eigenen Territorien scheren und verkaufen.

Im Jahr 1994 war Lucanas die erste Gemeinde, die diese Klausel nach dem bewaffneten Konflikt – der die Region noch ärmer und entvölkerter machte – anwandte, um wirtschaftliche Aktivitäten durchführen zu

können. Man ging davon aus, dass die Vikunjazucht und das Scheren der Wolle ein Einkommen schaffen könnte, mit dem sich die Gemeinden aus der reinen Subsistenzwirtschaft lösen würden. Außerdem sah man darin eine Möglichkeit, die anhaltende Abwanderung der Jugend in die Städte zu stoppen.

Doch Lucanas wurde zum Opfer seines eigenen Erfolgs. Externe Interessenten, darunter peruanische Zwischenhändler und Luxuskonzerne wie Loro Piana, sahen in der Situation eine Chance, Vikunja-Produkte in ihre internationalen Lieferketten für Luxusgüter zu integrieren.

Zunächst wurden zwischen Loro Piana und den Gemeinden – den Comunidades Campesinas – Vereinbarungen getroffen, wonach letztere dem Unternehmen jedes Jahr mehrere Kilo Wolle zu einem vorher festgelegten Preis lieferten. Diese Vereinbarungen wurden jedoch später zu einem der Hauptstreitpunkte in den Geschäftsbeziehungen zwischen den Landwirten und dem Unternehmen. Da die Gemeinden über keine angemessene rechtliche, geschäftliche und finanzielle Beratung verfügten, konnten sie keine Preise aushandeln, die die Kosten für ihre Arbeit und die erforderliche Ausrüstung deckte. Die Führer legten in den meisten Fällen fest, dass die Zahlungen als „Gemeinschaftseinkommen“ betrachtet wurden und somit Teil des kollektiven Vermögens der Gemeinde zählten. Wenn es überhaupt eine Bezahlung für die geleistete Arbeit gab, ging das Geld an



Lucanas wurde zum Opfer seines eigenen Erfolgs.

die Gemeindeleiter. Die Landwirte, die die tägliche harte Arbeit des Hütens und Scherens verrichteten, arbeiteten unentgeltlich im Rahmen ihrer freiwilligen Stunden für die Gemeinschaftsarbeit. Das System begünstigte somit von Anfang an die Käufer der Wolle, welche die Preise vorgaben.

Im September 2000 wurde die Situation weiter verschärft, als mitten im Sturz der Regierung von Alberto Fujimori ein neues Gesetz verabschiedet wurde, das internationalen Konzernen bei der Viehzucht und der Gewinnung von Vikunja-Fasern die gleichen Rechte wie den indigenen

Gemeinschaften einräumte. Von da an standen die Comunidades Campesinas mit ihrer Vikunja-Zucht in direkter Konkurrenz zu internationalen Konzernen, und eine wirtschaftliche Abwärtsspirale begann.

Alfonso Martínez, der damalige Leiter der peruanischen Behörde, die für die Regulierung des Vikunja-Handels zuständig ist, hatte sich für die Gesetzesänderung eingesetzt. Nachdem er seinen Staatsdienst aufgegeben hatte, gründete er seine eigene Maklerfirma, die Unternehmen wie Loro Piana beriet. 2007 wurde er sogar Geschäftsführer von Loro Piana in Peru. In dieser Position festigte Martínez die Firmenstrategie der Landnahme, unter anderem auch in der Nachbarschaft von Lucanas. Die Grundstücke von Loro Piana sind eingezäunt, so dass die Tiere dort nicht frei grasen können, wie dies in den indigenen Gemeinschaften üblich ist. Diese Praxis ist im Hinblick auf den Artenschutz umstritten, da sie zu genetischen Problemen im Tierbestand und zum Verlust der Artenvielfalt führen kann. Dies erkennt inzwischen auch Loro Piana an.

Produktion und Preise sinken

Loro Piana erhielt 2010 die Genehmigung, mit der Vikunja-Schur zu beginnen. Das Unternehmen begann mit einer kleinen Herde und erhielt dafür sogar Tiere von der peruanischen Regierung. Damit war es das erste private Unternehmen im Land, das Vikunjas scheren durfte. So wurde das bisherige Monopol der Vikunja-Zucht und Schur effektiv gebrochen

und entsprechend auch die Anerkennung der vorherrschenden traditionellen Rolle der Comunidades Campesinas beim Artenschutz.

Die Situation führte zu einem allmählichen Preisrückgang. Von 330 US-Dollar pro Kilo Wollfasern im Jahr 2022 fiel der Preis auf 280 US-Dollar im Jahr 2023. Parallel dazu sinkt die Faserproduktion in Lucanas weiter. Die COVID-19-Pandemie verschärfte die Situation zusätzlich, da die Gemeinde zwei Jahre lang weder produzieren noch vermarkten konnte.

Gleichzeitig wird der angestammte und spirituelle Wert der Beziehung zwischen indigenen Gemeinschaften und den Vikunjas durch die Monetarisierung der Hirten- und Schafschuraktivitäten ausgehöhlt. In der Vergangenheit erhielten Mitglieder der Gemein-

schaft keine individuelle Bezahlung, auch aufgrund von Traditionen, in denen individuelle Arbeit für Gemeinschaftsaktivitäten als Teil des gemeinsamen Gruppeneinkommens angesehen wurde.

Da es keine staatliche Politik gibt, die indigene Gemeinschaften bei der Entwicklung ihrer Lebensgrundlagen durch Zugang zu Wissen, Ressourcen und Infrastruktur unterstützt, verlieren die Menschen weiterhin die Hoffnung auf eine Tätigkeit, auf die sie einst stolz waren. Herden in Halbgefangenschaft und Landraub durch internationale Luxuskonzerne verschärfen die Situation. Kein Wunder, dass die Produktion weiter sinkt, da es keine Motivation gibt, so weiterzumachen wie in der Vergangenheit. Die Lucanas sind inzwischen keine Hüter der alten Traditionen mehr.

Quellen:

<https://www.bloomberg.com/news/newsletters/2024-03-14/indigenous-farmers-work-free-of-charge-for-lvmh-s-loro-piana-big-take>

<https://www.bloomberg.com/features/2024-lvmh-loro-piana-Vikunja/>

<https://www.bloomberg.com/news/videos/2024-03-13/inside-peru-s-secret-luxury-supply-chain-video>

<https://www.rfi.fr/es/americas/20240320-la-marca-de-lujo-lvmh-y-su-filial-loro-piana-acusadas-de-explotar-a-campesinos-andinos-en-peru>

<https://texfash.com/update/luxury-loot-lvmhs-loro-piana-has-monopoly-over-expensive-Vikunja-wool-but-poor-indigenous-farmers-in-peru-need-to-work-for-free>

<https://www.bloomberg.com/news/newsletters/2024-03-14/indigenous-farmers-work-free-of-charge-for-lvmh-s-loro-piana-big-take>

<https://tesis.pucp.edu.pe/repositorio/handle/20.500.12404/5999>

Internationales Jahr der Kameliden

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2024 zum Internationalen Jahr der Kameliden erklärt ([siehe Artikel im InfoPeru](#)). Unter anderem soll deutlich gemacht werden, wie wichtig Kameliden für den Lebensunterhalt von Millionen von Haushalten in über 90 Ländern sind, insbesondere für indigene Völker und lokale Gemeinschaften. Von Alpakas bis hin zu Trampeltieren, Dromedaren, Guanakos, Lamas und Vikunjas tragen Kameliden zu Ernährungssicherheit, Ernährung und Wirtschaftswachstum bei und haben eine große kulturelle und soziale Bedeutung für Gemeinschaften in aller Welt.

Die Kameliden spielen eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in Bezug auf die Bekämpfung des Hungers, die Beseitigung der extremen Armut, die Stärkung der Rolle der Frau und die nachhaltige Nutzung von Landökosystemen. Von der Bereitstellung von Milch, Fleisch und Fasern für Gemeinschaften über den Transport von Produkten und Menschen bis hin zu organischem Dünger – Kameliden gedeihen dort, wo andere Nutztierarten nicht überleben können.

Quelle: [Welternährungsorganisation \(FAO\)](#)

Gegen die Koalition der Macht: Es bewegt sich etwas

In den letzten Monaten wollte der peruanische Kongress mehrere Gesetze durchsetzen, die die Verfassung, den Rechtsstaat und die Gewaltenteilung mit Füßen treten. Dies hat Reaktionen im In- und Ausland hervorgerufen, die uns hoffen lassen, dass die vielfältigen Krisen in unserem Land doch noch umgekehrt werden können.



Protest gegen das neue Forstgesetz © Arlen Ribeira

• POLITIK UND DEMOKRATIE •

Pilar Arroyo | Übersetzung: Annette Brox

Welche Ziele verfolgt der Kongress?

Im Kongress gibt es ein Bündnis zwischen der extremen Rechten (Fuerza Popular, Alianza para el Progreso, Avanza País und Renovación Popular) und der extremen Linken (Perú Libre, Bloque Magisterial und Perú Bicentenario), dem sich auch weitere Gruppierungen angeschlossen haben. Das sind ihre Ziele:

Meinungsvielfalt unterdrücken

Die vorherrschende ultrakonservative Denkweise in religiösen wie in politischen Fra-

gen schränkt das Recht auf freie Meinungsäußerung ein. So wurde eine umfassende Sexualerziehung in den Schulen verboten und die Verwendung einer inklusiven, geschlechtergerechten Sprache in der öffentlichen Verwaltung untersagt. Ein neues Filmgesetz schränkt die staatliche Unterstützung für die nationale Filmproduktion ein und zielt dabei auf Projekte mit regierungskritischen Inhalten ab. Es überlässt die Entscheidung, welches Drehbuch zugelassen wird und welches nicht, der Willkür der Machthabenden. Eine weitere Gesetzesinitiative kam dem Versuch gleich, die 927 Nichtregierungsorganisationen im Land praktisch abzuschaffen, die sich für Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Umweltschutz einsetzen und gegen Straflosigkeit und Korruption kämpfen und damit im Widerspruch zu den Zielen der Regierungskoalition stehen.

Gewinnorientierte Interessengruppen begünstigen

Begünstigt werden die Inhaber von privaten Universitäten, denen es gelungen ist, die Nationale Aufsichtsbehörde für die universitäre Ausbildung (SUNEDU) zu zerschlagen, die Betreiber des informellen öffentlichen Nahverkehrs, und ganz allgemein diejenigen, die in der staatlichen Aufsicht und Regulierung ein Hindernis für ihre Profitinteressen sehen.

Zudem wurde eine Reform des Rentensystems verabschiedet, das die privaten Rentenfonds (AFP) begünstigt. Die Versicherten können nicht mehr wie bisher einen Teil ihrer Rentengelder im Voraus beziehen. Ausserdem wurde eine so genannte „Verbraucherrente“ geschaffen, die zu einem Prozent aus der Mehrwertsteuer finanziert wird. Ein solches Rentensystem, das eine Mogelpackung darstellt, gibt es sonst nirgendwo auf der Welt. Profitieren werden von dieser „Verbraucherrente“ nicht die zukünftigen Rentner*innen, sondern die Rentenfonds.



Politische Parteien können nicht mehr als kriminelle Vereinigungen bezeichnet werden.

Die illegale Wirtschaft unterstützen

Illegaler Holzeinschlag und Bergbau, Menschen- und Drogenhandel sowie der Handel mit Land- und Wildtieren sind auf allen staatlichen Ebenen immer mehr präsent. Und sie erfahren eine wachsende Akzeptanz in der Bevölkerung, da sie Arbeitsplätze schaffen und weitere Vorteile in Regionen versprechen, in denen der Staat nicht präsent ist. Es ist offensichtlich, dass manche Kongressabgeordnete den Interessen dieser illegalen Wirtschaft dienen, etwa mit der Änderung des Forst- und Wildtiergesetzes ([InfoPeru berichtete](#)).

Machtkonzentration

Der Kongress soll zur „ersten Macht des Staates“ werden. Wie im Fujimorismus der 1990er Jahre werden alle demokratischen Institutionen demontiert. Das Verfassungsgericht besteht bereits aus Marionetten und hat alle vom Kongress verabschiedeten – verfassungswidrigen – Gesetze bestätigt. Die

Ombudsstelle für Menschenrechte (Defensoría del Pueblo) handelt nach ihren Interessen. Die Nationale Rechnungsprüfungsstelle (Contraloría General de la República) ändert Urteile ab, die sich gegen einzelne Kongressmitglieder richten. Jetzt soll auch die Kontrolle über die Staatsanwaltschaft gesichert werden. Oberstaatsanwälte sollen entlassen und Ermittlungsbefugnisse an die Nationalpolizei übertragen werden.

Straffreiheit

Gegen 67 Mitglieder des Kongresses laufen insgesamt 729 Ermittlungsverfahren wegen verschiedener Straftaten. Der Versuch, mit neuen Vorschriften die Strafverfolgung zu behindern, ist offensichtlich:

Die Definition einer „kriminellen Vereinigung“ wurde geändert. Ab jetzt gelten nur noch Gruppen als kriminell, die Straftaten begehen, welche mit einer Strafe von mehr als sechs Jahren geahndet werden. Damit werden Korruption, Einflussnahme, Erpressung, Entführung und Menschenhandel von dieser Definition ausgeschlossen, was die Bekämpfung dieser Verbrechen erschwert.

Durchsuchungen bei Verdächtigen oder Personen, die an einer mutmaßlichen Straftat beteiligt sind, dürfen ab sofort nur noch in Anwesenheit der Person, gegen die ermittelt wird, und ihres Anwalts durchgeführt werden. Das ist absurd, da bei vorheriger Ankündigung alle Beweise beseitigt werden können.

Politische Parteien können nicht mehr als kriminelle Vereinigungen bezeichnet werden. Das nutzt einigen Parteien im Kongress, gegen die derzeit wegen diesem Delikt ermittelt wird, unter anderem Fuerza Popular (Keiko Fujimori), Renovación Popular (Rafael López Aliaga) und Perú Libre (Vladimir Cerrón).

Schließlich wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Verjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die vor 2002 begangen wurden, ermöglicht.

Machterhalt

Im Wissen um die große Ablehnung in der Bevölkerung will die Kongressmehrheit auch die Wahlbehörden (ONPE, RENIEC und JNE) und damit die Wahlergebnisse kontrollieren. Dazu sollen auch der Nationale Justizrat (JNJ) abgeschafft und verschiedene Wahlvorschriften geändert werden. Um die Eintragung neuer Parteien zu verhindern, wurde die derzeitige Anforderung von 26.000 Unterschriften auf über 750.000 Unterschriften erhöht. Regionale Gruppierungen sollen nicht mehr zu Wahlen zugelassen werden. Sie sind seit 2006 mit durchschnittlich 62,8 Prozent die größten Gewinnerinnen bei Kommunal- und Regionalwahlen.

“

Es gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Opposition gegen den Kongress wächst.

Die Politik des Kongresses stößt auf immer stärkere Ablehnung

Es gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Opposition gegen die Strategien des Kongresses wächst.

Auf internationaler Ebene lehnten 16 Botschaften – unter ihnen die von Deutschland und der Europäischen Union – in einem gemeinsamen Kommuniqué das „Anti-NGO-Gesetz“ ab.

Die Vereinten Nationen und der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte haben eindeutig erklärt, dass der Gesetzentwurf zur Verjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen gegen das Völkerrecht verstößt. Außerdem erklärte der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Turk: „In den letzten Monaten hat der peruanische Kongress eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen durchgesetzt, die die Unabhängigkeit der Justiz und der Wahlen untergraben, wichtige Fortschritte im Justizsystem und bei der politischen Teilhabe von Frauen rückgängig machen und die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit einschränken könnten.“

Auf nationaler Ebene war ein gemeinsames Kommuniqué der wichtigsten Vertreter der peruanischen Wirtschaft und der Gewerk-

schaften ein wichtiger Meilenstein. Sie lehnen die Neuregelungen zu den „kriminellen Vereinigungen“ ab: „Die Entscheidungen des Kongresses [gefährden] die öffentliche Sicherheit und den Kampf gegen das organisierte Verbrechen“, heißt es.

Der indigene Dachverband AIDSEP rief zu einer Demonstration vor dem Justizpalast auf, um „gegen das Knebelgesetz, die Schika-

nen gegen Organisationen, die die Grundrechte verteidigen, und die Zerstörung des Amazonasgebiets“ zu protestieren.

Es haben sich auch verschiedene Bürgerinitiativen gebildet, aus Platzgründen seien hier nur zwei erwähnt:

Die „Demokratische Initiative“

Sie ruft alle demokratischen Kräfte des Landes auf, eine „Alternative der nationalen Einheit“ zu gründen und folgende Punkte zu fordern:

- vorgezogene Parlamentswahlen, wie sie auch von mehr als 80 Prozent der peruanischen Bürger*innen gefordert werden
- die Aufhebung der neuen Wahlgesetze und der verfassungswidrigen Gegenreformen
- die Einrichtung eines nationalen Runden Tisches aller demokratischen Kräfte mit Unterstützung der OAS und der Vereinten Nationen

Initiative „Dringlichkeit eines Einigungspaktes“

Angesichts der größten Krise dieses Jahrhunderts schlagen die Initiator*innen den Neuaufbau des Landes unter anderem mit folgender Agenda vor:

- menschenwürdige und gut bezahlte Arbeitsplätze und ein gerechtes Steuersystem
- Sicherheit und Kampf gegen die Korruption
- volle Gleichberechtigung; keine Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, geschlechtlicher Identität oder Geschlecht

- Achtung der Menschenrechte; zügige Verurteilung von Dina Boluarte und allen Verantwortlichen für die Unterdrückung und Ermordung von peruanischen Bürger*innen während der Proteste 2022/23

- Wertschätzung und Förderung der Landwirtschaft und Schutz der Umwelt angesichts der Bedrohung durch den Klimawandel

- demokratische Mit- und Selbstbestimmung der kleinbäuerlichen und indigenen Gemeinden

- ein neuer Sozialpakt, ohne Zwang und im Konsens

Neue Initiativen und Forderungen gibt es auch von Seiten der kirchlichen Laien. In einem gemeinsamen Kommuniqué von Resucita Perú, Equipos Docentes del Perú (EDOP) und der Fraternidad Laica Carlos de Foucauld de Lima heißt es: „Aus Sorge um die Verteidigung der Demokratie und die Gültigkeit der Menschenrechte [...] fördern [wir] Räume des Dialogs, des Widerstands und des Kampfes, um die antidemokratischen, autoritären und diktatorischen Maßnahmen zu stoppen, die in unserem Land immer stärker vom Kongress und der Exekutive umgesetzt werden.“

Der Erzbischof von Lima und Primas von Peru, Carlos Castillo Matasoglio, wies am Fronleichnamfest in Lima auf den Hunger in der Bevölkerung hin, auf die Korruption und die ungerechten Gesetze. Er fragte: „Wie ist es möglich, dass Gesetze gemacht

werden, die bestimmte Leute begünstigen und die Regionen daran hindern, sich frei an der Kandidatur zu beteiligen, um ihre Regionen führen zu können, und stattdessen einige Leute alles monopolisieren und mit dem Staat machen, was sie wollen? Wie ist es möglich, dass sie die Wasserversorgung privatisieren wollen, wo es doch die Pflicht [...] des Staates ist, dafür zu sorgen, dass es Wasser für alle gibt?“

Marianella Ledesma, ehemalige **Präsidentin des Verfassungsgerichts** sagte, die Zivilbevölkerung habe das Recht, „zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung aufzubegehren. Niemand schuldet denjenigen Gehorsam, die unter Missachtung der Verfassung und der Gesetze öffentliche Ämter bekleiden.“

Und die **Bevölkerung von Cusco** brachte ihren Protest bei der „Parade der Allegorien“ im Festmonat von Cusco zum Ausdruck. Obwohl die Polizei schon im Vorfeld versuchte, die Herstellung von regierungskritischen Allegorien zu verhindern, und den Beginn der Parade verzögerte, um die Allegorien zu zensieren, gelang es den Menschen es trotzdem, ihrem Unmut bei der Parade Ausdruck zu verschaffen. Die Allegorie der Ratte, die eine Rolex trägt, wurde sehr gefeiert.

An den verschiedensten Fronten wächst also die Ablehnung der Ziele des Kongresses und der autoritären und mafiösen Koalition, die das Land zerstört. Ich glaube, das sollte uns in der Hoffnung bestärken, dass wir mit der Hilfe aller die Entwicklung umkehren können.

Der lange Schatten von Kolumbus

Das peruanische Rechtssystem baut hauptsächlich auf europäischer Gesetzgebung auf – und zwar auf kolonialer. Indigenes Verständnis von Recht und kollektive Prozesse werden dadurch übergangen, sagt der peruanische Rechtsanwalt Ramiro Llatas.

• POLITIK UND DEMOKRATIE •

Nicole Maron

Auf welchen Grundlagen wurde das peruanische Rechtssystem aufgebaut? Und welche Konsequenzen hat dies auf die heutige Rechtsprechung? Der Menschenrechtsanwalt Ramiro Llatas, der schon diverse indigene Autoritäten vor Gericht verteidigt hat, spannt den Bogen zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

Bereits Jahrhunderte vor der Unabhängigkeit existierte in Peru eine Gesetzgebung – und zwar eine indigene. Wurde diese bei der Erarbeitung der ersten Verfassung in Betracht gezogen?

Ramiro Llatas: Bis zum heutigen Tag basiert die Gesetzgebung Perus auf europäischen Vorlagen, unter anderem auf dem römischen und angelsächsischen Recht. Nachdem die Spanier abzogen, war Peru angeblich unabhängig, aber die Machtstrukturen blieben gleich. So entstand das hiesige Rechtswesen im Rahmen einer sehr kolonialen Denkweise. Ein Teil der Bevölkerung wurde als überlegen betrachtet, ein anderer als minderwertig.

Wie wurde diese Überlegenheit demonstriert?

Die Nachfahren der Spanier, die sich als weiterentwickelt betrachteten, konnten Wissen produzieren und Recht schaffen, Gesetze erlassen, Institutionen gründen und in Ämter gewählt werden – obwohl sie eine Minderheit der Landesbevölkerung darstellten. Indigene, Schwarze, Migranten und so genannten Mestizen – Menschen mit gemischter Abstammung – hatten keine Mitsprache in der neu ausgerufenen Republik Peru. Sie konnten weder wählen noch gewählt werden.

Wie wurde das gerechtfertigt?

Man ging davon aus, dass die Indigenen Analphabeten im halbwildem Zustand waren und man ihnen politische Entscheidungen nicht zutrauen konnte. Im peruanischen Strafbuch war bis 1992 festgehalten, dass man bei der Verurteilung von Menschen in ländlichen Gebieten in Betracht ziehen müsse, dass es sich um Halbwilde handle. Darüber wurde auch noch 1979 diskutiert, als eine neue Verfassung erarbeitet wurde. Damals ging es um die Frage, ob die indigene Bevölkerung das Wahlrecht erhalten soll. Viele waren dagegen. Doch das Argument, dass in einer Republik alle eine Stimme haben müssen, gewann im 20. Jahrhundert schließlich die Oberhand. Dies veränderte das gesamte politische Szenario.

Warum gingen die Spanier davon aus, dass die indigene Bevölkerung minderwertig sei?

Als sie in Lateinamerika ankamen, ergab sich ein rechtliches Problem. Die Spanier sahen, dass die Gebiete reich an Ressourcen wie



Ramiro Llatas © Nicole Maron

Gold waren, und wollten sich diese Reichtümer aneignen. Wenn man anerkannt hätte, dass die in Anführungszeichen neu «entdeckten» Gebiete der lokalen Bevölkerung oder ihren Machthabern gehörten, wäre es aber nicht zu rechtfertigen gewesen, das Gold einfach mitzunehmen. So wurde ein Narrativ geschaffen, laut dem die Indigenen minderwertige Wesen darstellten, die nicht in der Lage seien, ihr Land oder ihr Eigentum zu verwalten – weshalb dies die Spanier für sie tun müssten. Auf dieser Denkweise wurde eine ganze Ideologie der Abwertung aufgebaut, sozusagen ein erster Vorläufer des Rassismus. Und die Annahme der Minderwertigkeit hält sich bis heute.



Die Verfassung anerkennt die indigene Gesetzgebung als paralleles Rechtssystem an.

Mittlerweile anerkennt die heutige Verfassung Perus die indigene Gesetzgebung als paralleles Rechtssystem an. Kann die indigene Bevölkerung ihre Gesetze in der Praxis wirklich anwenden?

Dass die Verfassung von 1993 das Gemeinderecht innerhalb der indigenen Territorien als gleichrangiges Rechtssystem anerkannt hat, kann als ein verfassungsrechtlicher Fortschritt betrachtet werden. Doch in der Praxis ist das Ganze viel komplexer. Eigentlich müssten Funktionäre wie Staatsanwälte oder Richter mit den indigenen Vertretern koordinieren. Doch die Modalitäten dieser Koordination sind nicht genau festgelegt.

In welchen Bereichen gibt es Konflikte?

Man muss verstehen, dass das indigene Recht einer ganz anderen Logik folgt als die europäische Gesetzgebung. Wenn es in einer Gemeinde ein Problem gibt, zum Beispiel weil jemand jemanden bestohlen hat, überlässt man das Urteil nicht einer Drittperson wie einem Staatsanwalt oder Richter. Sondern man versucht, eine Einigung zwischen den beiden Parteien zu finden. Wenn das nicht gelingt, beruft man eine Gemeindeversammlung ein, bei der gemeinsam entschieden wird, welche Strafe verhängt werden soll. Das Urteil wird seit Generationen in einem kollektiven Prozess gefällt, unter

Einbezug der Streitparteien – und nicht von einer externen Person nach fest definierten, schriftlich festgehaltenen Normen. Man beurteilt jeden Fall individuell.

Heißt das, dass auch das Strafmaß individuell ist?

Das ist richtig. Manchmal werden statt Geldstrafen andere Sanktionen verhängt, zum Beispiel gemeinnützige oder soziale Arbeit in der Gemeinde. Die Entscheidungen, die im Kollektiv beschlossen werden, werden in der Regel anerkannt und können nicht missachtet werden. Denn die Gemeindeversammlung ist eine wichtige moralische Autorität, und die Frage nach der Art

der Sanktion ist eine komplexe Angelegenheit, die mehr Elemente als nur das Materielle umfasst.

Zum Beispiel?

Es kann etwa beschlossen werden, dass der Schuldige im Fluss gebadet wird. Aber nicht in dem Sinn, dass er unter Wasser gedrückt oder sonst irgendwie gefoltert würde. Im Gegenteil: Das Wasser hat eine heilende Wirkung, und das Baden soll dafür sorgen, dass sie von der Schuld des Vergehens gereinigt werden und sich wieder in die Gemeinschaft eingliedern können.

Wie läuft die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der beiden Rechtssysteme konkret ab, wenn sie auf so verschiedenen Grundlagen aufbauen?

Ich gebe ein Beispiel: In einer Gemeinde wurde nach einem Fest ein Toter aufgefunden. In dieser Situation müsste der Staatsanwalt den Fall gemeinsam mit den kommunalen Führern untersuchen. Doch in diesem Fall lehnte der Staatsanwalt das ab und sagte der Gemeinde, dass der Fall nun in seiner Verantwortung läge und sie nichts mehr damit zu tun hätte. Allerdings konnte er den Schuldigen nicht ermitteln, während in der Gemeinde ein erhärteter Verdacht bestand. Es wurde eine Gemeindeversammlung einberufen,

doch der Angeklagte gab die Tat nicht zu. Deshalb griff man auf die höhere Rechtsinstanz zurück, nämlich auf die bezirksübergreifende Versammlung, in der alle Gemeinden des Bezirks zusammenkommen. Doch bevor man beginnen konnte, schritt der Staatsanwalt ein und sagte, dass die Versammlung nicht rechtens sei, weil sich die Gemeinde Zuständigkeiten anmaße, über die sie nicht verfüge. Infolge dessen wurden fünf ihrer Leader angeklagt und mussten sich vor dem Verfassungsgericht verantworten. Sie wurden zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt.

Obwohl sie im Recht waren?

Die Staatsanwälte gehen oft davon aus, dass die offizielle Justiz der kommunalen überstellt ist. Doch das widerspricht nicht nur der Verfassung, sondern auch dem internationalen Gesetz. Im europäischen System – auf dem die peruanische Gesetzgebung aufbaut – gibt es keine kollektiven Rechte. Diese sind aber in der Konvention 169 der Arbeitsorganisation ILO verankert, die auch Peru ratifiziert hat. Im Rahmen dieses Abkommens hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte bisher 13 Urteile zu Gunsten von indigenen Gemeinden und gegen Staaten gefällt, zum Beispiel gegen Chile oder Brasilien.

Wie kamen Urteile zu Gunsten der Gemeinden zu Stande?

Im Beispiel von Chile ging es um die indigene Bevölkerung der Mapuche, in deren Territorium Konzessionen zur Abholzung gewährt worden waren. Aus der Perspektive des in-

ternationalen Rechts gehört dieses Gebiet den Mapuche und nicht dem Staat. Der Staat hat also ein Grundrecht missachtet, weil er daran interessiert ist, die Ressourcen der indigenen Territorien abzubauen, um sie dann an die Industrieländer zu verkaufen. Die Mapuche sind also gegen die Konzessionierung vorgegangen und wollten ihr Territorium verteidigen. Auf Grund dessen wurden sie wegen Terrorismus verurteilt, und mehrere der Anführer mussten ins Gefängnis. Der Fall wurde bis vor den Obersten Gerichtshof von Chile weitergezogen, ohne dass den Mapuche Recht gegeben wurde. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte dagegen hat den Mapuche Recht gegeben – und den chilenischen Staat damit konfrontiert, dass der Vorwurf des Terrorismus nie hatte bewiesen werden können. Vor allem auch deshalb, weil in der nationalen Gesetzgebung der Begriff Terrorismus nicht konkret definiert ist.

Hat Chile das Urteil akzeptiert und die Abholzungskonzessionen zurückgezogen?

Ja, die Inhaftierten wurden freigelassen und das Land an die Mapuche zurückgegeben. Doch der Prozess hatte sechs Jahre lang gedauert, und in dieser Zeit war natürlich schon großflächig abgeholzt worden. Es ist typisch, dass solche Prozesse langwierig und mit hohen Kosten verbunden sind. Ohne die Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen und erfahrenen Anwälten haben indigene Gemeinden in diesem System der nationalen und internationalen Rechtsprechung praktisch keine Chance.

So wird das nichts mit einer gerechten Energiewende

Die Verurteilung von Virginia Pinares und anderen Gemeindevertreter*innen, die für ihr Engagement für Dialog und der Mediation in der vom Bergbau betroffenen Provinz Cotabambas bekannt sind, sorgt für Empörung. Angeblich sollen sie während der sozialen Proteste im Jahr 2015 Unruhen verursacht und das Eigentum des Bergbauunternehmens Las Bambas beschädigt haben. Gerechter Bergbau für die Energiewende – geht das überhaupt?



Virginia Pinares © Cooperación

• BERGBAU •

Vanessa Schaeffer | Übersetzung Annette Brox

Vor einigen Wochen wurde Virginia Pinares wegen schwerer Sachbeschädigung, Unruhestiftung und Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Der Richter verurteilte sie außerdem zur Zahlung einer Entschädigung von 50.000 Soles (12.000 Euro) an den Staat und 88.600 Soles (21.500 Euro) an das Bergbauunternehmen MMG Las Bambas.

Pinares, die im Bezirk Haqira (Provinz Cotabambas, Apurímac) lebt, engagiert sich als Kleinbäuerin und Mutter von sechs Kindern im Alter von 14 bis 37 Jahren seit ihrer Jugend in lokalen Organisationen. Für ihr Engagement erhielt sie 2023 den Nationalen Menschenrechtspreis „Mamá Angélica“, der von der Nationalen Menschenrechtskoordination Coordinadora Nacional de Derechos Humanos verliehen wird. Pinares setzt sich für Dialog und die Rechte der bäuerlichen Dorfgemeinschaften (Comunidades Campesinas) in ihrer vom Bergbau betroffenen Provinz ein. Sie ist Mitglied der Frauenvereini-

gung und der Initiative zur Verteidigung und Entwicklung von Cotabambas.

Zusammen mit Pinares wurden zehn weitere Personen zu Unrecht verurteilt. Bei allen Verurteilten handelt es sich um Gemeindevertreter*innen, die für ihr Engagement für Dialog und der Mediation in der Region bekannt sind.

Die Anführer*innen wurden verurteilt, weil sie während der sozialen Proteste im Jahr 2015 „Unruhen verursacht“ und das Eigentum des Bergbauunternehmens Las Bambas „beschädigt“ haben sollen. Damals hatte das Großunternehmen beschlossen, den Abtransport der Mineralien aus der Kupfermine nicht wie geplant durch eine Pipeline, sondern mit täglich 300 Lastwagen zu organisieren, die durch die Dörfer und kommunalen Territorien fahren. Diese Änderung wurde kurz vor der Inbetriebnahme beschlossen, ohne die erforderlichen Umweltstudien, ohne Planung und Konsultation der betroffenen Gemeinden. Während der Proteste ging die Nationalpolizei gewaltsam gegen die Demonstrierenden vor. Dabei wurden drei Personen durch Schüsse getötet. Bis heute wurden die Verantwortlichen nicht vor Gericht gestellt.

Der Strafprozess gegen die sozialen Anführer*innen dauerte mehr als neun Jahre. Am Ende enthielt das Urteil weder Beweise für die Straftaten, die den Verantwortlichen angelastet werden, noch für deren Schuld. „An das Unternehmen und den Staat kommt man nicht heran“, sagt Maximiliano Huachaca Mamamani, Anführer der Comunidad Campesina Asacasi (Cotabambas). Hier in Cotabambas kann man nicht mehr ruhig leben. Wir sind zu Unrecht verurteilt worden, ohne jeden Beweis. Ich fordere den Richter auf, uns die Beweise vorzulegen. Es gibt keinen Beweis dafür, dass wir irgendeinen Schaden verursacht haben. Was sie wollen, ist, neue Anführer*innen zum Schwei-

gen zu bringen. Das ist die Idee des Unternehmens Las Bambas und des Gerichts. Wir fordern unsere Freiheit. Diese Verleumdung ist ungerecht.“

Das Urteil dient dazu, so die Gemeindevertreter*innen, soziale Proteste zu unterdrücken und die Aktivist*innen einzuschüchtern. Das Vorgehen des Unternehmens und der ihm wohlgesonnenen Justiz fördert ein Klima des Misstrauens und der Expansion des Bergbaus in der Region. Die Verurteilten haben Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Wettkampf um die niedrigsten Standards

Dieses Urteil bestätigt einen Trend, der zeigt, dass die derzeitige Regierung bereit ist, alles zu tun, um Investitionen anzuziehen und den Megabergbau zu beschleunigen, denn die Preise für Kupfer und andere Metalle sind hoch.

Neben der Kriminalisierung und Verfolgung von Gemeindevertreter*innen bereitet die Regierung eine [Reihe gesetzlicher Maßnahmen](#) vor, die Umweltstandards senken, Verwaltungsvorfahren vereinfachen und den Bau und Betrieb weiterer Minen beschleunigen sollen. Gleichzeitig werden Bergbauprojekte stark unterstützt und vorangetrieben, die die Bevölkerung seit langem ablehnt, etwa das [Projekt Tía María](#) in der Region Arequipa. Damit reagiert die Regierung auf die Forderung der Minengesellschaften nach



weniger „Bürokratie“ und auf die weltweite immense Nachfrage nach Rohstoffen für die Energiewende. Auch wenn Wirtschaftsverbände und internationale Organisationen von einer gerechten und nachhaltigen Energiewende sprechen, zeigt die Realität in Peru, dass der Wettlauf um die niedrigsten Standards schon begonnen hat.

Ein neuer Bergbau für die Energiewende? Davon sind wir noch weit entfernt

Nach Angaben der Weltbank werden mehr als drei Milliarden Tonnen Mineralien für Wind-, Solar- und geothermische Energie sowie für die Energiespeicherung benötigt, um den globalen Temperaturanstieg unter 2° Celsius zu halten. Organisationen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in Peru fragen sich, wie das Land mit dieser Situation umgehen soll. Wenn der Bergbau so weitergeht wie in den letzten 30 Jahren, sind die Folgen jetzt schon absehbar: Menschenrechtsverletzungen, Umweltbelastungen und in der Folge soziale Konflikte. Konflikte sollten als Alarmsignale verstanden werden, die dringende Veränderungen und ein Umdenken anmahnen.

In diesem Sinne hat die Nichtregierungsorganisation Cooperación vor kurzem einen Vorschlag für eine neue Governance in den vom Bergbau betroffenen Gebieten Perus veröffentlicht. Dieser Vorschlag basiert auf der Einschätzung, dass der rechtliche und institutionelle Rahmen, der vor etwa 30 Jahren in Peru geschaffen wurde, zwar sehr effektiv war, um Investitionen anzuziehen, aber unzureichend, um angemessen auf die Konflikte zu reagieren, die diese Investitionen verursacht haben. Was braucht es, um den Übergang von einem ausbeuterischen extraktivistischen Modell zu einer sozialen und ökologischen Transformation zu schaffen? Dafür schlägt Cooperación mehrere Punkte vor:

- **Territoriale Governance:** Die Entscheidungsmacht wird dezentralisiert. Territoriale Governance würde ein Gegengewicht zur enormen Macht der Bergbau- und Energieunternehmen in den Bergbauregionen schaffen.

- Einsatz für die Verteidigung und Umsetzung des Rechts auf Vorabkonsultation, auf rechtzeitige und informierte Bürgerbeteiligung und für die Ausübung der Rechte der indigenen Völker.

- Auseinandersetzung mit der Frage, wieviel Bergbau oder fossile Brennstoffe in einem bestimmten Zeitraum für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensfähigkeit erforderlich sind. Dies ist eine grundlegende Frage in der Debatte über die Rolle der Rohstoffunternehmen in der Wirtschaft, die es ermöglichen würde, neue Gleichgewichtspunkte zu ermitteln.

- Rechenschaftspflicht, finanzielle Transparenz und ein gerechteres Steuersystem, das öffentliche Finanzen gerecht verteilt und dem Grundprinzip der Steuerprogression und -gerechtigkeit folgt.

- Verbesserung des Umweltmanagements: Das wichtige Instrument der Umweltverträglichkeitsprüfung (EIA) wurde beispielsweise kaum weiterentwickelt. Die mangelnde Glaubwürdigkeit und die Art und Weise, in der fragwürdige Investitionsprojekte letztendlich genehmigt werden, haben Zweifel an der EIA aufkommen lassen.

- Festlegung und Berücksichtigung von Schlüsselindikatoren: Menge der tatsächlich gewonnenen Materialien, Umfang des Abbaus sowie des Wasser- und Energieverbrauchs; Umweltauswirkungen wie z. B. Ökotoxizität, Erzeugung von Schadstoffen, Verwendung giftiger Substanzen, Einsatz von Sprengstoff, negative Auswirkungen auf gefährdete oder endemische Arten, Treibhausgasemission usw.

- **Rote Linien:** Bei der Energiewende müssen Gebiete identifiziert und deklariert werden, in denen Bergbau verboten ist.

Bei jeder Diskussion über die Energiewende und die Nachfrage nach kritischen Mineralien aus Deutschland und Europa sollten diese Punkte und ganz allgemein die Vorschläge aus den Abbaugebieten und -ländern auf der Tagesordnung der gemeinsamen Debatte stehen.

Kongress verabschiedet „Gesetz der Straflosigkeit“

Der peruanische Kongress beschloss ein Gesetz, das die Verjährung von schweren Menschenrechtsverletzungen ermöglicht. Auch Ex-Diktator Alberto Fujimori dürfte davon profitieren. Menschenrechtsorganisationen haben mit Empörung auf den Entscheid reagiert.

• POLITIK UND DEMOKRATIE •

Annette Brox

Der ständige Ausschuss des peruanischen Kongresses hat mit 15 Ja- und 12 Nein-Stimmen ein Gesetz verabschiedet, das die Verjährung von Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorsieht, die vor 2002 begangen wurden.

Der Gesetzentwurf war von zwei Abgeordneten der Fujimori-Partei Fuerza Popular und der ultrarechten Renovación Popular eingebracht und im März vom Verfassungsausschuss angenommen worden. Nun wurde dieser Entscheid in einer zweiten Abstimmung bestätigt.

Das beschlossene Gesetz zur Verjährung – von Kritikern „Gesetz der Straflosigkeit“ genannt – begünstigt alle, gegen die wegen außergerichtlicher Hinrichtungen, gewaltsamen Verschwindenlassens, Folter und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des internen bewaffneten Konflikts ermittelt wird. Zu den möglichen Profiteuren gehören der ehemalige Diktator Alberto Fujimori, 600 Militäroffiziere, deren Verfahren eingestellt werden könnten, sowie Mitglieder der Terrororganisationen Sendero Luminoso und MRTA.

Wenige Tage vor der Abstimmung hatte der Interamerikanische Menschenrechtsge-

richtshof (CIDH) den peruanischen Staat aufgefordert, die Verabschiedung des umstrittenen Gesetzes zu verhindern. Im Kongress verteidigten die Abgeordneten José Cueto und Fernando Rospigliosi, die den Gesetzesentwurf eingebracht hatten, ihren Vorschlag. Sie argumentierten, der CIDH mische sich in die inneren Angelegenheiten Perus ein. Wenn es nach ihnen ginge, sollte sich Peru sich aus dem Interamerikanischen Justizsystem zurückziehen.

Auch die peruanische Sonderstaatsanwaltschaft für Menschenrechte und Interkulturalität hatte den Gesetzesentwurf in einer öffentlichen Erklärung abgelehnt. Sie warnte, dass mit der Verabschiedung des Gesetzes unter anderem, die Massaker von Barrios Altos, La Cantuta, El Frontón, Chuschi ungestraft bleiben würden.

Die Nationale Menschenrechtskoordination (CNDDHH) kritisierte die Entscheidung ebenfalls scharf und erklärte nach der Abstimmung, das Gesetz begünstige die Straflosigkeit in Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen. Die Menschenrechtsorganisation forderte Gerechtigkeit für alle begangenen Verbrechen.

Es wird Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Angehörigen gefordert.

Die Nationale Vereinigung der Angehörigen der Entführten, Inhaftierten und Verschwundenen (ANFASEP) forderte nach dem Urteil in einer öffentlichen Kundgebung Gerechtigkeit für die Opfer und Angehörigen der Opfer des bewaffneten Konflikts.

Haushaltsentwurf 2025: Drastische Kürzungen fürs BMZ



© Pixabay

• POLITIK •

Annette Brox

Der Etat des Entwicklungsministeriums (BMZ) soll um knapp eine Milliarde auf 10,3 Milliarden Euro sinken. Die Mittel für humanitäre Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes sollen um 54 Prozent auf eine Milliarde Euro gekürzt werden. Während der Ampelregierung wären die Entwicklungsgelder damit von 2022 bis 2025 um 3,1 Milliarden Euro (23 Prozent) und die humanitäre Hilfe um rund 1,5 Mrd. Euro (59 Prozent) zurückgegangen. Die Bundesregierung stellt damit 4,6 Milliarden Euro weniger für Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe bereit als 2021.

Das Argument des Finanzministeriums, Deutschland bleibe zweitgrößter Geber, beruht auf geschönten Zahlen, kritisiert der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe, [VENRO](#). So rechnet die Bundesregierung die Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten in die Statistik ihrer Entwicklungsleis-

tungen mit ein, ebenso wie fiktive Studienplatzkosten von Menschen aus dem Globalen Süden, große Teile des Budgets des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) oder des Goethe-Instituts in München. Durch diese Art der Buchführung wurde die Statistik der Entwicklungsleistungen aufgebläht, und Deutschland ist damit zum größten Empfänger der eigenen Entwicklungsgelder geworden.

Auch für den internationalen Klima- und Umweltschutz sollen im kommenden Jahr weniger Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Die Mittel für den weltweiten Umwelt- und Klimaschutz im BMZ-Etat und für die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) im Etat des Wirtschafts- und Klimaministeriums (BMWK) sollen jeweils um rund 100 Millionen Euro (rund 12 Prozent) absinken.

Am 17. Juli protestierte ein breites Bündnis aus Entwicklungs- und humanitären Organisationen vor dem Kanzleramt gegen die drastischen Kürzungen. Der Appell an die Bundesregierung kann [hier](#) gelesen werden. #KeineZeitfürKürzungen!

Kurz gemeldet

Bankgeschäfte im Amazonasgebiet

Vier in Peru tätige Banken gehören zu den größten [Investoren](#) in der Öl- und Gasförderung im Amazonasgebiet. Credicorp Capital Peru, zu der die Banco de Crédito del Perú (BCP) gehört, BBVA, Scotiabank und Interbank haben zwischen 2004 und 2023 insgesamt 2.84 Milliarden Dollar in 20 Öl- und Gasunternehmen investiert, von denen acht im peruanischen Amazonasgebiet tätig sind, unter ihnen Petroperu, Pluspetrol und Repsol. Gegen diese Unternehmen hat die peruanische Umweltbehörde wegen Verstößen gegen Umweltauflagen insgesamt 1.283 Bußgelder in Höhe von rund 500 Mio. Soles (120 Mio. Euro) verhängt.

Der größte Investor in die Öl- und Gasförderung im Amazonasgebiet ist mit über 2,4 Mrd. USD die [Citibank](#). Diese hat nach mehreren Jahren des Drucks von indigenen Organisationen und Umweltgruppen im Juli erklärt, keine Projekte mehr zu finanzieren, die die Expansion von Öl und Gas im Amazonasgebiet fördern. Die projektbezogenen Finanzierungen machen allerdings nur 18 Prozent der Geschäfte der Citibank im Amazonasgebiet aus. Die übrigen 82 Prozent sind von der Selbstverpflichtung nicht betroffen. Die Citibank erklärte außerdem, dass alle Finanzierungen für im Amazonasgebiet tätige Unternehmen umfangreichen Sorgfaltspflichten unterliegen sollen. Mit den neuen Richtlinien soll sichergestellt werden, dass sich Finanzierungen wie die 500-Millionen-Dollar-Anleihe für Hunt Oil Peru nicht wiederholen. Mit dieser Summe wurde 2023 das Gasprojekt Camisea gefördert, welches das Territorium der Nahua-Nanti beeinträchtigt, ein Schutzgebiet für unkontaktierte indigene Völker.

Vertrauter Boluarte wird Richter am Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte

[Der Verfassungsrechtler Alberto Borea Odría](#) wurde zu einem der drei neuen Mitglieder des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (CIDH) gewählt. Borea hatte die staatliche Unterdrückung der Proteste gegen das Regime von Dina Boluarte gerechtfertigt und die Demonstrationen als „einen Aufstand, der nichts mit einem sozialen Protest zu tun hat“ bezeichnet. Borea war Mitglied der Beratenden Kommission, die die Präsidentin im Juni 2023 mit dem Ziel eingesetzt hatte, sie in Verfassungsfragen zu beraten.

Außenminister Javier González-Olaechea hatte Borea als neuen Richter des CIDH vorgeschlagen und begrüßte seine Aufnahme in das Gremium. „Jemand, der Menschenrechtsverletzungen rechtfertigt, kann ein Richter sein, der die Menschenrechte ganz Amerikas schützt?“, fragte dagegen die Nationale Menschenrechtskoordination CNDDHH kurz vor der Wahl Boreas.

Militärangehörige als Vergewaltiger: Endlich verurteilt und schon bald wieder frei?

Das [Nationale Strafgericht](#) hat zehn ehemalige Militärangehörige zu Haftstrafen zwischen sechs und zwölf Jahren verurteilt, weil sie zwischen 1984 und 1995 während des internen bewaffneten Konflikts neun Bäuerinnen aus den Gemeinden Manta und Vilca in Huancavelica systematisch vergewaltigt haben. In dem Urteil schlossen sich die Richter den Argumenten der Wahrheits- und Versöhnungskommission an, die zu dem Schluss gekommen war, dass es sich in diesem Fall um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt und daher keine Verjährungsfrist gilt.

Dies ist jedoch einer der Fälle, die von dem (nach dem Urteil verabschiedeten) [neuen Gesetz](#) zur Verjährung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit betroffen sein könnten. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft gibt es allein in der Zweiten Oberstaatsanwaltschaft für Menschenrechte und Interkulturalität 22 laufende Verfahren und 550 Opfer, die Familienangehörigen nicht mitgerechnet, denen aufgrund des Gesetzes der Zugang zur Justiz verwehrt wird.

Shipibo-Konibo vertreiben Mennoniten wegen illegaler Abholzungen

Am 19. Juli vertrieben Bewohner der indigenen Gemeinde Caimito Mitglieder der mennonitischen [Kolonie Masisea](#), die seit 2017 Wälder des Distriktes illegal besetzt und abgeholzt haben. Die Shipibo-Konibo-Gemeinde hatte vor Gericht und vor den Agrarbehörden der Region Ucayali die Vertreibung der Mennoniten gefordert. Diese waren in kommunales Land dreier Shipibo-Konibo-Gemeinden eingedrungen. Nach jahrelangen erfolglosen Bemühungen beschloss die indigene Gemeinde jetzt, die Mennoniten auf eigene Faust zu vertreiben. Im Dezember 2023 hatte ein Gericht verfügt, die Abholzung in den Wäldern von Masisea zu stoppen. Die Kolonie ignorierte das Urteil und setzte die Abholzung fort. Die Mennoniten behaupten, dass für die von ihnen besetzten Ländereien Besitzurkunden ausgestellt wurden. Immer wieder wird über Abholzungen, illegalen Landhandel und Landnutzungsänderungen durch Mennoniten berichtet – siehe auch der [Beitrag](#) im letzten InfoPeru.

Bischof Nann zurückgetreten

Papst Franziskus hat überraschend den Rücktritt des deutschstämmigen 63-jährigen Bischofs Reinhold Nann von seinem Amt als Prälat von Caravelí (Peru) angenommen. In einem Abschiedsbrief begründete Nann seinen Rücktritt mit seinem angeschlagenen Gesundheitszustand. Nach seiner Vikariatszeit in der Erzdiözese Freiburg ging Nann zunächst von 1992 bis 1996 und ab 2002 dauerhaft nach Peru. Als Bischof war Nann Präsident der Caritas del Perú, Vizepräsident der Partnerschaft zwischen dem Erzbistum Freiburg und der Kirche des Landes, bischöflicher Begleiter der Familienkatechese sowie Mitglied in der bischöflichen Kommission zum Schutz Minderjähriger.

Massive Gletscherverluste in Peru

Peru hat in den letzten 60 Jahren 56 Prozent seiner [Gletscher verloren](#). Das dokumentiert eine [Studie](#) des Instituto Nacional de Glaciares y Ecosistemas de Montana (INAIGEM) von 2023. Auf einer Länge von rund tausend Kilometern befinden sich in den peruanischen Anden mehr als zwei Drittel der tropischen Gletscher weltweit – insgesamt 2084, und fast 8500 kleinere und größere Gletscherseen. Aufgrund der massiven, durch den Klimawandel bedingten Gletscherschmelze sind 3000 neue Seen entstanden. Der Gletscherschwund verursacht in einigen Regionen Wasserknappheit, während sich in anderen die Gefahr von Überschwemmungen erhöht. Dabei versorgen die andinen Gletscher – noch – mehr als 60 Prozent der peruanischen Bevölkerung mit Trinkwasser.

Der Gletscherexperte Fabian Drenkhan betont angesichts dieser dramatischen Situation die Wichtigkeit traditioneller Techniken zum Schutz der Gletscher, unter anderem die so genannte Wassersaat und -ernte (siembra y cosecha de agua). Dabei werden zum Beispiel kleine Wasserspeicher in Dörfern angelegt, Baumbestände aufgeforstet sowie Wiesen gepflegt und erneuert. Die Wasserknappheit verschärft auch die Verschmutzung: Durch den tiefen Wasserstand erhöht sich etwa die Konzentration von Schwermetallen, die aufgrund von Bergbauaktivitäten in die Gewässer fließen. Dies verstärkt die Gefahr von Vergiftungen bei Mensch und Tier, die Trinkwasser aus Flüssen und Bächen beziehen. Seit 2009 gibt es ein Wasserschutzgesetz. In der Umsetzung funktioniert jedoch nicht alles so, wie es sollte, kritisiert Drenkhan.

El Quemadero: Der Platz, an dem Menschen verbrannt werden

Die schreckliche [Geschichte](#) wurde durch die Ermordung von Yvan Fernandes Pérez bekannt, dem ehemaligen Boss der kriminellen Vereinigung Los Guardianes de la Trocha. Nach offiziellen Angaben der Kriminalpolizei (Dirincrí) ist die Bande für den Tod und das Verschwinden von mindestens 400 Personen in der Goldregion La Pampa (Provinz Tambopata, Madre de Dios) in den letzten 12 Jahren verantwortlich.

Ein Beispiel macht sichtbar, wie brutal dabei vorgegangen wird: Zwei Goldschürfer, die mit ihrem Motorrad unterwegs waren, wurden von Mitgliedern der Bande mit der Begründung festgehalten, sie hätten anderen Goldschürfern Gold gestohlen. Daraufhin wurden sie in der Goldgräbersiedlung Farón an einem Holzgestell angebunden, mit dem Benzin aus ihrem Motorrad übergossen und verbrannt. Bei den Opfern handelte es sich um die Studenten Karol und Anderson Ugarte, die in den Semesterferien durch illegales Goldschürfen Geld verdienen wollten. Man geht davon aus, dass der „eigentliche“ Grund für die Ermordungen war, dass die beiden die geforderten Abgaben an die Bande nicht zahlten.

El Quemadero – der Leichenverbrennplatz – ist ein Beispiel dafür, dass am „illegalen Gold“, aus dem später durch kriminelle Praktiken auch „legales Gold“ werden kann, Blut kleben kann.

Indigene Organisationen übernehmen das Recht auf Selbstverteidigung

Die Ermordung von Mariano Isacama Feliciano, Anführer der Kakataibo (Region Ucayali) brachte das Fass zum Überlaufen. Vor ihm waren in den letzten vier Jahren 35 indigene Umweltverteidiger*innen umgebracht worden.

Auf Grund dieser Situation und angesichts der Untätigkeit des Staates proklamierte die Interethnische Vereinigung für die Entwicklung des peruanischen Regenwaldes (AIDSEP) am 17. Juli zusammen mit den Autonomen Indigenen Territorialregierungen der Awajún und der Wampis, der Nation Esa Eja und dem Consejo Shipibo Konibo Xetebo das Recht auf Selbstverteidigung. Sie [erklärten](#): „Wir befinden uns ab sofort in einem Dauerzustand der Selbstverteidigung. Wir werden uns im Sinne indigener Gerechtigkeit selbst verteidigen, um uns gegen die Eindringlinge des Drogenhandels, des illegalen Bergbaus und der Abholzung zu schützen, die unter dem Schutz von verräterischen und korrupten Politikern und Abgeordneten agieren. Wir machen den Staat für mögliche Konsequenzen verantwortlich.“

Brutale Drohungen gegen indigene Anführerin

Zum selben traurigen Thema: Die Präsidentin der Chapra, Olivia Bisa, zeigte im September 2023 Petroperú wegen der Schäden an, die nach einem Leck der nordperuanischen Ölpipeline im Territorium der Chapra entstanden waren. Seither erhält sie Anrufe von Unbekannten, die sie beleidigen und bedrohen und ihren Rücktritt als Präsidentin fordern. Im Februar suchten bewaffnete Männer sie sogar in ihrem Haus auf. Die letzten [Drohungen](#) erhielt sie im Juli. Bisa musste aufgrund der Situation die Schule ihrer Kinder wechseln und an einen anderen Ort ziehen. Der Anwalt von Bisa, Vidal Ccoa Mamani, erklärte, die schlimmsten Drohungen gingen von den Eigentümern der Subunternehmer des Erdölunternehmens Petroperú und von illegalen Holz- und Landhändlern aus.

Obwohl das Justizministerium eine Reihe von Erklärungen abgegeben hat, um Olivia Bisas Situation bekannt zu machen, wird nichts getan, um sie wirklich zu schützen, kritisiert die NRO Amazon Watch.

Cushuro – zukünftiger Superfood, aber für wen?

Cushuro ist eine kugelförmige Alge, zwischen 15 und 21 Millimeter groß, die in Seen auf einer Höhe über 3000 Meter Höhe in den Regionen Ancash, Junin, Cajamarca, Huánuco, Cusco und Puno wächst. Kürzliche Untersuchungen zeigen, dass Cushuro reich an Mineralien und den Vitaminen B1, B2, B5 und B8 ist und mehr Proteine als Quinoa, Linsen, Fisch oder Fleisch enthält. Somit ist die Alge hervorragend geeignet, um Unterernährung und Blutarmut zu bekämpfen. Es fehlt aber an Strategien, um sie als ein wichtiges Nahrungsmittel einzusetzen, zum Beispiel im Programm der Schulspeisung, Quali Warmi. Es wird zu den Aufgaben der Behörden gehören, dafür zu sorgen, dass sich nicht – wie bei anderen Nahrungsmitteln – große nationale und internationale Unternehmen die Verarbeitung und die Vermarktung aneignen.

Gesetze gegen die Zivilgesellschaft: Internationale Netzwerke

[Contribuyentes](#), ein ultrarechter peruanischer Think Tank hat im Rahmen des Projektes [piensa.pe](#) mit Videos die neue „Anti-NGO-Gesetzesinitiative“ unterstützt und Stimmung gegen NGOs gemacht. Mit dem [Gesetz](#) soll eine stärkere staatliche Kontrolle über die finanzielle Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus dem Ausland erreicht werden.

Solche Tendenzen gibt es auch in anderen Ländern. Deshalb ist es wichtig, internationale Zusammenhänge zu kennen. Dafür ist ein Blick auf das ATLAS-Netzwerk (Atlas Económico Research Foundation) hilfreich. Es wurde 1981 vom britischen Unternehmer Antony Fisher gegründet und besteht aus mehr als 500 Organisationen in über 100 Ländern, die die Ideen des „freien Marktes“ propagieren. Auch die Denkfabrik Contribuyentes ist Mitglied.

Hinter dem Atlas Network stehen nach [Recherchen](#) eines französischen Investigativ-Verbundes milliardäre und rechtsgerichtete Stiftungen wie die Koch Foundation, die Heritage Foundation und Templeton sowie große Unternehmen aus der Öl-, Tabak- und Pharmazeutischen Industrie. In Peru waren 2016 bis 2021 neben Contribuyentes auch Contribuyentes por Respeto, Democracia y Desarrollo, Hiperderecho und das Instituto del Futuro Mitglieder und Partner des ATLAS Netzwerkes. Deutsche Mitglieder sind unter anderem die FDP-nahe Friedrich Naumann Stiftung, das Freiheitinstitut des FDP-Politikers Frank Schäffler und die Stiftung Marktwirtschaft.

Seit 2022 listet das Atlas-Netzwerk auf seiner Website keine Partner aus anderen Ländern. Um den Kreis zum peruanischen Anti-NGO-Gesetz zu schließen: [Fernando Cáceres Freyre](#) veröffentlichte in der großen konservativen Zeitung El Comercio eine Kolumne, in welcher er vehement für das Gesetz eintritt. Dabei verschwieg er, dass er Direktor von Contribuyentes por Respeto war, eines weiteren Think Tanks der vom ATLAS-Netzwerk finanzielle Unterstützung erhielt.

ISP-News

Aktuelles aus der Geschäftsstelle der Informationsstelle Peru

ISP ist jetzt Mitglied im CorA-Netzwerk

Die letzten Jahre war die Infostelle Peru Mitglied der Initiative Lieferkettengesetz. Nach der Verabschiedung des europäischen Lieferkettengesetzes hat sich diese Initiative im Frühjahr aufgelöst. Die Umsetzung der EU-Verordnung und das Thema Unternehmensverantwortung bleiben aber natürlich weiter wichtig. Deshalb ist die ISP jetzt Mitglied im CorA-Netzwerk geworden. Hier arbeiten über 50 Trägerorganisationen aus den Bereichen Menschenrechte, Entwicklung, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Gewerkschaften zusammen und engagieren sich für eine am Gemeinwohl orientierte verbindliche Unternehmensverantwortung. [Nähere Infos zum Netzwerk gibt's hier.](#)

Zweifelhafte Gesetze zurückgenommen bzw. verschoben

Das Gesundheitsministerium hat das Gesetzesdekret zurückgezogen, mit dem LGBTIQ+-Identitäten als psychische Störungen eingestuft werden sollten – ein großer Erfolg der Proteste der LGBTIQ-Organisationen. Auch die Infostelle hatte sich mit den Protesten solidarisiert und in einem Brief an Gesundheitsminister César Henry Vásquez Sánchez gefordert, dass das Gesetzesdekret zurückgenommen wird. Einen Beschluss über das Gesetz zur stärkeren staatlichen Kontrolle von aus dem Ausland finanzierten Nichtregierungsorganisationen (Ley APCI) hat der Kongress auf unbestimmte Zeit verschoben. Auch zu diesem Gesetz hatte es massive Kritik aus dem In- und Ausland gegeben.

Solidarität mit Jennie Dador

Jennie Dador, die Geschäftsführerin der Nationalen Menschenrechtskoordination CNDDHH, ist immer wieder Diffamierungen und Bedrohungen ausgesetzt. Zuletzt wurden von einem Mitglied der Gruppe „La Resistencia“ in den Sozialen Medien verleumderische Inhalte verbreitet und Drohungen gegen ihre Person ausgesprochen.

Die ISP hat [in einer öffentlichen Erklärung](#) ihre Solidarität mit Jennie Dador und mit allen Menschenrechts- und Demokratieverteidiger*innen in Peru erklärt und die Behörden aufgefordert, ihre Sicherheit zu gewährleisten. Zu der Erklärung gab es einige positive Rückmeldungen aus Peru. Jennie Dador selbst schrieb uns: „Vielen Dank für die Solidarität und Unterstützung. Ihr seid immer an unserer Seite und lasst die Regierung wissen, dass Ihr sie beobachtet und dass sie für unsere Sicherheit verantwortlich ist.“

Indigene Organisationen lehnen REDD-Programme ab

Bei einem Treffen von Bewegungen indigener Völker und Gemeinschaften in Brasilien haben diese in einer [Erklärung](#) die so genannten REDD-Projekte und -Programme abgelehnt. REDD steht für „Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation“ (Reduzierung der Emissionen aus Abholzung und Walddegradation). Diese von Staaten und Unternehmen geförderten Projekte werden in der gemeinsamen Erklärung als tödlich für die Wälder und die in ihnen lebenden Gemeinschaften bezeichnet.

REDD spalte die Gemeinschaften, zerstöre die Einheit und Harmonie der Völker und sei verantwortlich für Enteignung von Territorien und Kriminalisierung, so die Kritik. Die Unterzeichnenden kritisieren außerdem, dass REDD die Abholzung fördere, denn je größer der Verlust an Wäldern, „desto größer das Geschäft für die Unternehmen, die Kohlenstoffzertifikate verkaufen“. Die REDD-Entschädigungsmechanismen ermöglichten es den Unternehmen, die Umweltverschmutzung fortzusetzen, ohne ihre Schadstoffemissionen zu verringern, heißt es weiter.

Die Organisationen warnten auch davor, dass viele der so genannten Lösungen für die Klimakatastrophe „Greenwashing“ für Unternehmen sind, die weiterhin die Umwelt verschmutzen. Zu diesen „Lösungen“ gehören die so genannte unkonventionelle Erdölförderung, Biokraftstoffe, verantwortungsvoller Bergbau oder grünes Gold und die Energiewende.

Die Infostelle Peru hat sich der Kritik angeschlossen und die Erklärung mitunterzeichnet.

Ankündigungen und Hinweise

VERANSTALTUNGEN

Brücken der Solidarität bauen – LGBTIQ*-Bewegungen in Peru und Deutschland

16. Oktober 2024 | 19.00 Uhr

Online auf Zoom – Eine Veranstaltung der Infostelle Peru

Das Leben der Mitglieder der LGBTQ+-Community in Peru ist von Homophobie, Machismo, Rassismus und Gewalt geprägt – im städtischen genauso wie im ruralen Kontext. Es gibt keinen wirklichen Schutz vor Diskriminierung. In letzter Zeit hat der politische Wandel hin zu konservativeren Positionen in der peruanischen Gesellschaft die LGBTQ+-Gemeinschaft in eine noch prekärere Situation gebracht, in der ihre Mitglieder sogar ihr Existenzrecht rechtfertigen müssen.

Wie ist die aktuelle Situation der LGBTQ+-Community in Peru – nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den anderen Regionen des Landes? Was ist nötig, um Brücken der Solidarität zwischen Gruppen in Peru und Deutschland zu bauen und so die Bemühungen zum Abbau von Diskriminierung zu unterstützen? Welche Erfahrungen aus dem deutschen Kontext könnten den Kollektiven in Peru nützlich sein?

Wir hören die Erfahrungen von drei Experten und Aktivisten der LGBTQ+-Bewegungen in Peru und Deutschland und diskutieren, wie wir zur Verteidigung der Menschenrechte dieser Gruppen beitragen können.

Mit:

Carlos Vilca Abal, Movimiento Cultural Igualdad y Futuro MOCIFU, Yarinacocha

Luis Castillo Condor, Diversidad Perú, Lima

Klaus Jetz, LSVD+ - Verband Queere Vielfalt, Köln

Deutsch mit spanischer Simultanübersetzung

Flyer und Anmeldung ab September auf infostelle-peru.de

Köln: Regenbogen im peruanischen Regenwald

2. September 2024 | 18.00 Uhr

Karl Rahner Akademie, Köln

Wie leben queere Indigene im peruanischen Regenwald? Welche Ziele verfolgen sie, wie arbeiten sie, welche Bündnisse schließen sie und welche Unterstützung erhalten sie? Wie ist ihr Stand in der indigenen Gemeinschaft des peruanischen Tieflandes sowie im nationalen Kontext, Gesellschaft und welche Herausforderungen haben sie im Alltag zu bewältigen? Was erwarten sie vom Staat, von uns, von Deutschland und Europa?

Zu diesen Themen referiert Carlos Vilca Abal von der LSBTIQ*-Organisation Movimiento Cultural „Igualdad y Futuro“ MOCIFU aus Yarinacocha in der ostperuanischen Region Ucayali.

Spanisch mit deutscher Verdolmetschung

Eintritt frei.

Veranstalter: LSVD+ - Verband Queere Vielfalt und Stadt Köln

Nähere Infos [hier](#).

El Quechua en Europa Hablemos del quechua – Runasimimanta rimasun

21. August 2024 | 19 Uhr

Online auf Zoom

Este encuentro es parte del proyecto de investigación de Daria Mengert (Uni Hannover) y tiene el objetivo de iniciar el debate sobre el idioma quechua en Europa ya que vivimos en sociedades multiculturales, multilingües y multiétnicos.

Se van a presentar los resultados de su proyecto doctoral, pero sobre todo vamos a entrar en diálogo comentando, criticando, debatiendo los resultados y la cuestión del quechua en Europa. Cómo es la situación actual? Que podemos hacer para fomentarlo?

Die Veranstaltung findet auf Spanisch statt.

Information und Anmeldung: rimanakuy20@gmail.com

HINWEISE

Straflosigkeit und Trauer: Umweltschützer*innen im Amazonasgebiet Neues Video auf unserem Youtube-Kanal

Emilio Marichi führte den Kampf um die Titulierung des Territoriums der Gemeinde Shawis an. Am 5. April 2014 wurde er erschossen. Sein Sohn kämpft weiter. Jorge Ríos von der Gemeinde der Asheninkas kämpfte gegen illegale Holzfäller. Am 1. September 2014 wurden er und drei weitere Vertreter der Gemeinde umgebracht. Seine Tochter gab keine Ruhe, solange die Schuldigen frei herumliefen. Zehn Jahre später wurden sie endlich verurteilt. Ein [Video](#) von OjoPúblico.

E-Mail-Aktion: FSC-zertifiziertes Holz bedroht die unkontaktierten Mashco Piro

Das Holzfällerunternehmen Canales Tahuamanu holt seit Jahren Holz aus dem Gebiet der Mashco Piro, des größten unkontaktierten Volkes der Welt im Südosten Perus. Seit 2016 hat das Unternehmen mehr als 200 Kilometer an neuen Straßen gebaut und gefährdet damit das Überleben der Mashco Piro: Die Zerstörung ihres Waldes, zufällige Begegnungen mit den Holzfäller*innen und die Ausbreitung von Krankheiten könnten sie auslöschen. Dennoch ist Canales Tahuamanu vom bekannten Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert worden. Dieses Gütesiegel soll garantieren, dass das Unternehmen sowohl nachhaltig als auch ethisch vertretbar arbeitet – doch das ist hier eindeutig nicht der Fall.

Survival International hat eine [E-Mail-Aktion](#) gestartet mit der Forderung, die Zertifizierung von Canales Tahuamanu aufzuheben. Das Holzunternehmen steht bereits unter dem Druck indigener Organisationen in Peru, sich aus dem Mashco Piro-Gebiet zurückzuziehen. Der Verlust des FSC-Siegels wäre ein starkes Signal an das Unternehmen und die Regierung, dass der Holzeinschlag in diesem Gebiet gestoppt werden muss.

Impressum

Herausgeber: Informationsstelle Peru e.V., Kronenstr. 16a, 79100 Freiburg
www.infostelle-peru.de

Redaktion: Nicole Maron, Heinz Schulze, Annette Brox

Sie können den Newsletter über die [Webseite](#) der Informationsstelle Peru e.V. bestellen.

Wir freuen uns über Rückmeldungen! Diese können Sie entweder über die Kommentarfunktion unter den entsprechenden Artikeln geben oder der Redaktion über newsletter@infostelle-peru.de zukommen lassen.

Das InfoPeru wird von Caritas international sowie aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt gefördert.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

